



TTIP-READER

Eine Sammlung von Texten
und Positionen

2. Auflage

Impressum

Herausgeber:

Forum Umwelt und Entwicklung
Marienstraße 19–20
D-10117 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 678 1775 93
Fax: +49 (0) 30 678 17 75 80
Email: info@forumue.de
www.forumue.de

Verantwortlich:

Jürgen Maier

Redaktion:

Nelly Grotefendt, Jana Bosse und Marijana Todorovic

Layout:

Monika Brinkmüller

DTP:

Michael Chudoba

Titelfotos:

Thorben Wengert/Pixelio.de; Jakob Huber/ Campact;
Rudolf Ortner/Pixelio.de

Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten der deutschen NRO in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Berlin, Juni 2015
2. Auflage

TTIP-READER

Eine Sammlung von Texten
und Positionen

2. Auflage

Inhalt

Vorwort – von <i>Jürgen Maier</i>	3
ARTIKEL	5
TTIP als neues Herrschaftsinstrument – von <i>Sven Hilbig</i>	5
Endspurt CETA – Ist das europäisch-kanadische Freihandelsabkommen die Blaupause für TTIP? – von <i>Nelly Grotefendt</i>	7
CETA: The Canadian Perspective – by <i>Stuart Trew</i>	9
Stillstand durch TTIP? – Hürden für Standards durch regulatorische Kooperation – von <i>Alessa Hartmann</i>	10
Infokasten: Fast Track-Verfahren – von <i>Jürgen Maier</i>	11
TTIP, CETA und Landwirtschaft – wer gewinnt? – von <i>Berit Thomsen</i>	12
Die versteckten Kosten von EU-Handelsverträgen – Investorenklagen gegen EU-Mitgliedsstaaten – von <i>Fabian Flues</i>	14
Europäische Bürgerinitiative Stop TTIP – Eine Zwischenbilanz – von <i>Cornelia Reetz</i>	16
Infokasten: Hungary in the spotlight – by <i>Györgyi Újszászi</i>	17
POSITIONSPAPIERE	16
Gemeinsame Erklärung der Akademie der Künste und der IG Metall: ZUM „FREIHANDELSABKOMMEN“ (TTIP) ZWISCHEN DER EU UND DEN USA	18
Stellungnahme des Vorstandes des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt auf Bundesebene: FREIHANDEL BRAUCHT REGELN UND TRANSPARENZ	19
Positionen und Forderungen des Bundesverbandes Öffentliche Dienstleistungen: ZU DEN TTIP VERHANDLUNGEN	20
Consumer Federation of America: “HOW THE EU/US TRADE AGREEMENT IMPACTS PRODUCT SAFETY AND THE REGULATORY PROCESS”	23
Grüne Wirtschaftsverbände: TTIP, ISDS – SO NICHT!	25
U.S. and EU Civil Society: TTIP BAD FOR AGRICULTURE, HEALTH AND THE ENVIRONMENT	26
Die kommunalen Spitzenverbände und der Verband kommunaler Unternehmen (Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Verband kommunaler Unternehmen): GEMEINSAMES POSITIONSPAPIER ZU INTERNATIONALEN HANDELSABKOMMEN UND KOMMUNALEN DIENSTLEISTUNGEN	27
Europäische Wackelkandidaten	29



Vorwort

von Jürgen Maier

Das geplante Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) der EU mit den USA beunruhigt die Öffentlichkeit in Deutschland, in Österreich sowie zunehmend in vielen anderen Ländern der EU. Auch in den USA wächst die Skepsis gegen das geplante Handelsabkommen. Gegen TTIP und das bereits ausgehandelte EU-Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA, Comprehensive Economic and Trade Agreement) haben sich in der bisher größten europaweiten Unterschriftenaktion bereits 2,1 Millionen Menschen ausgesprochen. Je besser die Menschen über die Ziele dieser Abkommen informiert sind und je besser sie verstehen, worum es dabei geht, desto größer ist die Ablehnung.

So unterschiedlich wie die einzelnen Länder, so unterschiedlich sind die Hauptthemen der Auseinandersetzung. Längst sind es nicht mehr nur Debatten um die Umwelt-, Landwirtschafts- und Verbraucherschutzstandards, die die Diskussion beherrschen. Neben dem berüchtigten Chlorkühnchen ist die Ablehnung der Privatisierung weiterer öffentlicher Dienstleistungen vor allem in Großbritannien ein zentrales Thema geworden. Auch die geplante Einführung privater Schiedsgerichte, vor denen multinationale Konzerne Schadensersatz gegen unliebsame Gesetze wie etwa den deutschen Atomausstieg einklagen können, ist in der Öffentlichkeit kaum vermittelbar.

Hinzu kommt noch die exzessive Geheimhaltung der Verhandlungen, die das Projekt TTIP und seine ProtagonistInnen in eine tiefe Glaubwürdig-

keitskrise manövriert hat, aus der sie trotz aller angekündigten Transparenz- und Kommunikationsoffensiven offenbar keinen Ausweg finden. Die Glaubwürdigkeitskrise wird dadurch weiter zugespitzt, dass immer unklarer wird, welchen Nutzen TTIP eigentlich für die Bevölkerung hat. Immer häufiger wechselnde Begründungen für die Notwendigkeit von TTIP wecken zusätzlich Misstrauen.

Über ein Jahr war das wichtigste Argument der BefürworterInnen: TTIP bringe das Wirtschaftswachstum in Schwung und schaffe Arbeitsplätze. Doch die Berechnungen erwiesen sich als zu widersprüchlich, hielten einer gründlichen Analyse nicht stand. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der Verband der Automobilhersteller und selbst die EU-Kommission mussten übertriebene Darstellungen der positiven Effekte von ihren Webseiten nehmen – zu offensichtlich waren die dort präsentierten Zahlen aus der Luft gegriffen. Der Bundeswirtschaftsminister nannte diese Studien inzwischen mehrfach „Voodoo-Economics“: Man könne nicht einmal seriös das Wirtschaftswachstum des laufenden Jahres berechnen, geschweige denn TTIP-Effekte in zehn Jahren.

Geostrategische Argumente haben in demselben Maße an Bedeutung in der Argumentation pro TTIP gewonnen, in dem die Berechnungen für hypothetische Arbeitsplatzgewinne an Bedeutung verloren. Jetzt sollen die EU und die USA mit TTIP Standards für die ganze Welt setzen. Es ist

jedoch illusionär zu glauben, EU und USA könnten das bilateral aushandeln. Diese Zeiten sind lange vorbei. Globale Mindeststandards setzt man in globalen Gremien. Ob diese Standards dann 100% die eigenen Wertvorstellungen widerspiegeln, ist eine andere Frage – sie werden immer Kompromisse sein, so wie das auch in bilateralen Verhandlungen mit den USA, Kanada oder anderen der Fall sein wird. Entscheidend ist aber, dass alle beteiligt sind, für die diese Standards gelten sollen. Man gewinnt zunehmend den Eindruck, dass man die TTIP-Begründungsversuche mit einem Satz zusammenfassen kann: TTIP ist die Antwort, aber was war eigentlich die Frage? Nicht nur die Begründungen, auch die Verhandlungen selbst geraten zunehmend in eine Sackgasse. Sie sind momentan ziemlich festgefahren, vor allem die amerikanischen VerhandlungsführerInnen bewegen sich in entscheidenden Fragen kaum. Während beispielsweise Bundeskanzlerin Merkel nun einen raschen Abschluss der Verhandlungen fordert, verweisen erfahrene Handelsdiplomaten darauf, dass dies kaum realistisch ist. Verhandlungen in dieser Größenordnung dauern in der Regel mindestens vier Jahre.

Auch scheint Eile gerade gar nicht zwingend geboten. Der Handel mit den USA läuft aus deutscher Sicht blendend. Das Handelsvolumen zwischen der EU und den USA ist bereits heute das größte Handelsvolumen zwischen Wirtschaftsböcken weltweit. Deutschland erzielt mit den USA einen größeren Außenhandelsüberschuss als mit irgendeinem anderen Land: 40 Milliarden Euro im Jahr 2014. Die Zölle sind niedrig, es gibt keine größeren protektionistischen Handelshemmnisse zwischen Europa und Amerika, vielleicht abgesehen vom Agrarsektor (und dort mit guten Gründen).

TTIP ist ein Abkommen, das vor Jahren konzipiert wurde, um eine Deregulierungspolitik zu ermöglichen, die die EU und die USA jahrelang in der WTO erfolglos vorangetrieben haben. Abkommen wie das geplante TTIP braucht man nur, wenn man eine neue Welle von Deregulierung einleiten will, sowohl in den USA als auch in Europa. Und wenn man der Wirtschaft mehr Macht geben will, um unerwünschte Regulierungen abzuwehren. Erklärtes Ziel von TTIP ist die „regulatorische Harmonisierung“. Dies bezieht sich nicht nur auf bestehende, sondern auch auf zukünftige Regulierung. Für die Generaldirektion Handel (GD Handel) der Kommission ist Regulierung im Wesentlichen ein „nichttarifäres Handelshemmnis“.

Aber Regulierung ist nicht einfach ein Handelshemmnis. Regulierung ist ein Ausdruck demokratischer Wertentscheidungen. Entscheidungen darüber gehören nicht in „regulatorische TTIP-Kooperationsräte“ oder in nichtöffentlich tagende EU-Ratsausschüsse, fernab jeder demokratischer Kontrolle.

Insgesamt entziehen sich die europäische Handelspolitik und ihre Hauptakteure, die GD Handel der Kommission und der Handelspolitische Ausschuss des Rates, de facto einer effektiven parlamentarischen Kontrolle. Das EU-Parlament kann sie nicht kontrollieren, da es bekanntlich kein Gesetzgebungsrecht hat und die nationalen Parlamente können sie nicht kontrollieren, da Handelspolitik längst EU-Kompetenz ist. Mittlerweile werden von der GD Handel nahezu alle Bereiche der Wirtschaftspolitik mit Auswirkungen weit darüber hinaus in allen möglichen anderen Politikbereichen als „Handelspolitik“ bezeichnet. Darunter fallen zum Beispiel Regulierungen aller Art, so dass die Auswirkungen dieses eklatanten Demokratiedefizits immer größer werden. Dieser Zustand ist untragbar und daher sind die Proteste der Zivilgesellschaft auch ein Protest gegen dieses Fehlen einer effektiven parlamentarischen Kontrolle über die GD Handel – und ein Aufruf an die Parlamente, dies zu ändern.

Die „offizielle“ Politik versteht bis heute nicht, was eigentlich das Problem ist, warum so viele Bürgerinnen und Bürger dieses geplante Abkommen ablehnen. Es werden PR-Offensiven geplant, die das Abkommen erklären sollen. Aber: Es handelt sich bei der wachsenden Opposition gegen TTIP nicht um „Missverständnisse“, denen man mit „mehr Informationen“ begegnen könnte. Je mehr BürgerInnen informiert sind, desto größer ist die Zahl derjenigen, die das Freihandelsabkommen ablehnen. Der Fall, dass die Öffentlichkeit das geplante TTIP nicht etwa ablehnt, weil sie nicht genug wissen, sondern gerade weil sie immer besser verstehen, worum es geht, ist in der PR-Strategie der Kommission gar nicht vorgesehen. Der Versuch, TTIP und CETA einer widerstrebenden Bevölkerung dennoch aufzuzwingen, wird das Demokratiedefizit und die Legitimationskrise europäischer Handelspolitik und ganz allgemein der Art und Weise, wie in der EU Politik gemacht wird, massiv verschärfen.

Jürgen Maier ist Geschäftsführer des Forums Umwelt und Entwicklung.

Fotos: Rainer Sturm/Pixelio.de; Lichtkunst.73/
Pixelio.de; Jakob Huber/Campact



TTIP als neues Herrschaftsinstrument

von Sven Hilbig

TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) sei notwendig, um die „Globalisierung zu gestalten“. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und andere TTIP-BefürworterInnen haben ein neues Leitmotiv entdeckt. Das dahinter stehende Denken und der darauf fußende Machtanspruch sind hingegen nicht neu, sondern entsprechen den Politiken der westlichen Industriestaaten des 20. Jahrhunderts. Dabei zeigt die Erfahrung: Handelspolitik diene der EU und den USA stets dazu, ihre partikularen Interessen durchzusetzen.

Sowohl die VerhandlungsführerInnen von EU und USA als auch die Bundesregierung sind stets darum bemüht, TTIP als ein fortschrittliches Vorhaben zu präsentieren. Aufgrund der ins Stocken geratenen WTO-Verhandlungen (World Trade Organization, die Welthandelsorganisation) seien EU und USA gefordert, selbst das Heft in die Hand zu nehmen. Mittels der Einrichtung eines transatlantischen Mega-Abkommens wollen sie Standards zu setzen, die langfristig globale Geltung haben sollen: TTIP als Blaupause für das Welthandelssystem.

Es stellt sich die Frage: In welchem Jahrhundert leben unsere VolksvertreterInnen, wenn sie glauben, die Welt mit sogenannten Golden Stan-

dards „beglücken“ zu können? Wollen ernsthaft 10% der Weltbevölkerung darüber bestimmen, nach welchen Regeln 90% der Menschen zu leben haben? Wenn Standards weltweit gelten sollen, dann müssen sie auch mit allen, das heißt multilateral, entwickelt werden!

Die Europäische Union ist durch den EU-Vertrag (Art. 208 ff.) verpflichtet, ihr außenpolitisches Handeln so auszurichten, dass die entwicklungspolitischen Anstrengungen der Union und ihrer Mitgliedstaaten gefördert werden und dem Hauptziel, der Armutsbekämpfung, dienlich sind. Mit anderen Worten: EU-Handelspolitik und Entwicklungszusammenarbeit müssen kohärent sein. Dies gilt auch für Handelsabkommen zwischen Industriestaaten, das heißt Abkommen, an denen Länder des globalen Südens nicht beteiligt sind. Bilaterale und regionale Handelsabkommen können für nichtbeteiligte Länder vor allem dadurch von Nachteil sein, dass sie an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Staaten verlieren, die sich innerhalb der neuen Freihandelszone Präferenzen wie niedrige Zölle zugestehen.

Die entwicklungspolitische Kohärenz spielte bei den bisherigen neun Verhandlungsrunden jedoch

keine Rolle. Dieser Umstand an sich ist schon ein kleiner Skandal. Erschwerend kommt hinzu, dass jene staatliche Akteure, deren (originäre) Aufgabe es ist, die Interessen der Entwicklungs- und Schwellenländer auf Regierungsebene zu vertreten, sich nicht zu AnwältInnen der Menschen und Bevölkerungsgruppen machen, die in den Ländern des globalen Südens regelmäßig zu den VerliererInnen von Freihandelsabkommen gehören.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) entzieht sich dieser Aufgabe in zweifacher Weise. Erstens, indem seine VertreterInnen behaupten, das Ministerium (selbst) sei der Garant für eine wertorientierte und nachhaltige Handelspolitik der EU. Einem gegenüber den Entwicklungsländern nicht fairen Abkommen würde das BMZ und damit auch die Bundesregierung nicht zustimmen. Hier stellt sich die Frage, warum es ihnen in der Vergangenheit nicht gelungen ist, ihre Vorstellungen von einer fairen und nachhaltigen Handelspolitik in den bilateralen Abkommen zu verwirklichen, welche die EU direkt mit Entwicklungsländern unterzeichnet hat? Nicht zuletzt die im Jahre 2013 abgeschlossenen Abkommen zwischen der EU und Peru/Kolumbien sowie den Staaten Zentralamerikas sind aus entwicklungs- und menschenrechtlicher Perspektive höchst problematisch, wie auch der breite Protest an den beiden Abkommen zeigte. Selbst die SPD-Bundestagsabgeordneten (damals noch in der Opposition) stimmten gegen diese Abkommen. Zweitens gab das BMZ eine Studie beim ifo-Institut in Auftrag, um die Auswirkungen von TTIP auf die Entwicklungs- und Schwellenländer zu untersuchen. Die Ergebnisse dieser Studie sind in mehrfacher Hinsicht fragwürdig; nicht zuletzt, weil es der Studie an entwicklungspolitischer, menschenrechtlicher und ökologisch nachhaltiger Kohärenz mangelt. Der Agrarsektor wurde weitestgehend ausgeblendet, obwohl die kleinbäuerliche Landwirtschaft bekanntlich von existenzieller Bedeutung für die Ernährungssicherheit in den Entwicklungsländern ist. Ein forciertes Abbau von natürlichen Rohstoffen im Globalen Süden, als Folge des vermeintlichen Wirtschaftswachstums innerhalb der transatlantischen Freihandelszone, wurde hingegen als Entwicklungschance dargestellt. Tatsächlich trägt der Abbau von Erzen und Kohle bereits jetzt zu schweren Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung bei. Zudem werden Menschenrechte in der Studie überhaupt nicht erwähnt – dabei verpflichtet der Lissabon-Vertrag die EU, die Menschenrechte auch in ihrer Außen- und Handelspolitik zu achten und zu fördern.

Es wird also deutlich, dass das BMZ seine Verantwortung nicht wahrnimmt und die wirkliche Auseinandersetzung mit TTIP scheut. Das wäre aber von großer Bedeutung, da hier eine kritische Positionierung zu TTIP innerhalb der Bundesregierung möglich wäre aber zentral, die durch den EU-Ministerrat direkt am Entscheidungsprozess beteiligt ist.

Zum Schluss sei noch einmal an die beiden Grundideen erinnert, die seit der Gründung der UN Organisation für Handel und Entwicklung, UNCTAD, vor über 50 Jahren hinter den handelspolitischen Bemühungen im Rahmen des Nord-Süd-Dialogs stehen: Zum einen sollen benachteiligte Bevölkerungsgruppen einen privilegierten Zugang zum Weltmarkt erhalten. Zum anderen darf Entwicklungszusammenarbeit nicht durch die Handelspolitik unterminiert werden. TTIP widerspricht beiden Prinzipien, indem es transnational agierende Unternehmen weiter stärkt und keine Anstrengungen unternimmt, das Abkommen entwicklungspolitisch kohärent zu gestalten. TTIP wird damit die globale Ungleichheit weiter verschärfen. Zu befürchten ist u. a., dass die noch günstiger werdenden Agrarprodukte aus der EU und den USA verstärkt in die Entwicklungs- und Schwellenländer exportiert werden und dort die lokale Nahrungsmittelproduktion verdrängen, und das unter dem Postulat, die Globalisierung gestalten zu müssen.

Sven Hilbig ist Referent für Welthandel und internationale Umweltpolitik bei Brot für die Welt.



Endspurt CETA

Ist das europäisch-kanadische Freihandelsabkommen die Blaupause für TTIP?

von Nelly Grotefendt

Jahrelang im Verborgenen verhandelt, gelangten Einzelheiten der Verhandlungen des europäisch-kanadischen Freihandelsabkommens CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) im Aufruhr um TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) nun auch ans Licht der Öffentlichkeit. Seither wird dieses Abkommen als Blaupause für TTIP gehandelt und für seine Bestandteile wie beispielsweise das Investor-Staat-Klagerecht (ISDS) scharf kritisiert. Was ist der Stand der Dinge und welche Signalwirkung hat CETA für kommende Freihandelsabkommen? CETA blickt auf eine 5-jährige Verhandlungsphase zurück, die Ursprünge reichen aber noch deutlich weiter zurück. Schon 1976 versuchten die EU und Kanada, ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit zu vertiefen: Zahlreiche einzelne Abkommen wurden verabschiedet. Seit 2008 gibt es Bestrebungen, ein umfassendes Freihandelsabkommen abzuschließen. Es ist ein ehrgeiziges Projekt, das größte Freihandelsabkommen seit NAFTA (North American Free Trade Agreement) – der Freihandelszone zwischen Kanada, USA und Mexiko aus dem Jahre 1994. CETA tritt somit in die Fußstapfen eines bedeutenden Vorgängers und scheint der Beginn einer neuen Generation von ambitionierten Freihandelsabkommen zu sein: Größer, umfassender, undurchsichtiger und in enger Taktung verhandelt.

Stand des Verfahrens: Großes Schulterklopfen zwischen VerhandlerInnen

Seit August 2014 sind die Verhandlungen zu CETA beendet und die EU-Kommission hat den Mitgliedstaaten den konsolidierten Vertragsent-

wurf des Freihandelsabkommens zukommen lassen. Seither befindet sich der Vertragstext in der Rechtsförmlichkeitsprüfung (dem „legal scrubbing“). Ein Abschluss wird frühestens Ende 2015 erwartet. Im Anschluss wird sich der EU-Rat mit dem Zustimmungsverfahren befassen, danach das Europäische Parlament. Das Ratifizierungsverfahren aller EU-Mitgliedsländer, das bei einem so genannten „gemischten Abkommen“ erforderlich ist, wird voraussichtlich knapp zwei weitere Jahre in Anspruch nehmen.

Die Kommission betrachtet die Verhandlungen als abgeschlossen und ist nicht gewillt, das Abkommen an kritischen Punkten nochmal zu öffnen. Die Zivilgesellschaft lässt sich jedoch nicht entmutigen. Mit der Veröffentlichung des Vertragstextes können die gefährlichen und zu kritisierenden Aspekte des Abkommens nun klar aufgezeigt werden. Der internationale Widerstand kann sich jetzt auf konkrete Textpassagen stützen und nimmt weiter an Fahrt auf.

CETA ist nicht immer gleich TTIP

Es gibt Themen, die bei TTIP besonders umstritten sind, die aber wiederum in CETA keine größere Rolle spielen. Im Kulturbereich beispielsweise gibt es die Sorge, dass durch TTIP die Förderung von Kultur durch Subventionsmechanismen im Zuge der Gleichberechtigung ausländischer AnbieterInnen wegfallen könnte. Problematisch wird auch der Marktzugang großer Unternehmen wie beispielsweise des amerikanischen Filmbusiness' gesehen, das die nationale Film-

szenen überrollen könnte. Im CETA-Abkommen hat Kanada den Kultur- und Medienbereich aus dem Abkommen explizit ausgenommen. Zwar gilt das nicht auch umgekehrt für die EU, aber Kanada ist ein verschwindend kleiner Markt im Vergleich zu den USA, daher wird von dem kanadischen Markt deutlich weniger Druck ausgehen als von dem amerikanischen. CETA ist allein schon deshalb für den Kulturbereich nicht so bedeutend. Außerdem verweisen kritische Institutionen wie beispielsweise der Deutsche Kulturrat auf die UNESCO-Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt, die Kanada 2005 unterzeichnete, um zu zeigen, dass der Kulturbereich durch CETA keine ernstzunehmende Bedrohung zu erwarten hat.

Neuer Grundsatz: Negativliste

Trotz dieser Ausnahmen gibt es klare Zeichen, dass CETA für eine neue Generation ambitionierter Freihandelsabkommen steht, die in TTIP weitergeführt werden soll. CETA sieht aggressive Mechanismen vor, die viele Bereiche des täglichen Lebens massiv beeinflussen werden. Es ist das erste Abkommen, das mit Negativ- statt mit Positivlisten arbeitet. Grundsätzlich gibt es zwei Möglichkeiten der gegenseitigen Marktöffnung: Entweder die VertragspartnerInnen einigen sich auf eine Positivliste. Hierbei wird nichts liberalisiert, außer es steht auf dieser Liste. Oder die VertragspartnerInnen beschließen die Einführung einer Negativliste. Demnach wird alles liberalisiert, außer es steht auf dieser Liste. Die Negativliste steht somit für ehrgeizige Ziele der gegenseitigen Marktöffnung, da eine umfassendere Liberalisierung angestrebt wird. Dies birgt große Schlupflöcher für zukünftige Liberalisierung, da Bereiche der Negativliste je nach Interessenlage unterschiedlich interpretiert werden könnten. Das bedeutet, die Liberalisierungsausnahmen müssen sehr umfassend und sorgfältig erarbeitet werden, wenn sie ernst gemeint sein sollen. Da auch alle zukünftigen Wirtschaftsbereiche (auch wenn sie noch nicht bekannt sind) automatisch von einem Schutz durch die Negativliste ausgenommen sind, sind zukünftige Folgen nur schwer berechenbar.

Dieser neue Ansatz wird verstärkt kritisiert, denn den Befürchtungen der KritikerInnen zufolge sind sie die Grundlage für eine umfassende und, aus kritischer Perspektive nicht gewünschte, Liberalisierungsstrategie.

Signalwirkung ISDS

NGOs, die die aktuellen Handelsabkommen begleiten, warnen in Bezug auf CETA und TTIP

insbesondere vor dem Investor-Staat-Klagerecht (ISDS). Mit dem Abschluss von CETA hätten auch US-amerikanische Unternehmen schon vor TTIP die Möglichkeit, diesen Mechanismus für sich zu nutzen, da sie fast alle auch eine kanadische Niederlassung besitzen. CETA würde somit zum Einfallstor für Investor-Staat-Klagen durch US-Konzerne werden. Trotz des wachsenden Drucks gegen ISDS scheint es auf Seiten der Kommission und der Mitgliedsstaaten der EU keinen Wunsch nach einem CETA-Abkommen ohne ISDS zu geben. EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström verteidigt ISDS in CETA. Zwar räumt inzwischen auch die Kommission ein, dass es bei ISDS Reformbedarf gibt, die grundlegenden Probleme dieses Mechanismus werden aber nicht angegangen. Das Festhalten an ISDS in CETA ist ein klares Signal der EU an die USA: Trotz ISDS-Konsultation mit überwiegend kritisch-ablehnenden Stimmen bleibt die EU dabei, dass es private Schiedsgerichte für multinationale Konzerne geben soll.

CETA als Vorbild für TTIP

Die prominenteste Parallele der beiden Abkommen TTIP und CETA fällt sofort ins Auge: Beide sind insbesondere aufgrund ihres intransparenten Charakters stark umstritten. Bei CETA lag der Vertrag erst nach Abschluss der Verhandlungen vor – TTIP wird weiter im Geheimen ausgehandelt. Die EU-Kommission veröffentlichte auf Druck der Öffentlichkeit lediglich einige europäische Positionen. Des Weiteren darf das CETA-Abkommen in seiner Wirkung auf TTIP nicht unterschätzt werden. Es ebnet in vielen Punkten den Weg für TTIP, auch wenn manche Auswirkungen der im Vertragstext festgeschriebenen Mechanismen im CETA-Abkommen kaum spürbar sein werden. Beispielsweise wird, wie aufgezeigt, der Kultur- und Medienbereich aus CETA von der EU nicht explizit ausgeschlossen. Dies hat aber zunächst in der Kooperation mit Kanada keine massiven Folgen – anders sieht es aus, wenn die gleichen Regelungen auch für US-Unternehmen gelten. CETA zeigt also die Richtung für kommende Verträge auf: Zwar wird TTIP als eigenständiges Abkommen verhandelt und nicht einfach der Vertragstext von CETA übernommen. Aber was mit CETA zugestanden wurde, beispielsweise die Negativliste oder ISDS, wird in TTIP kaum erneut zur Grundsatzdiskussion stehen. Politisch ist CETA längst zur Blaupause für TTIP geworden.

Nelly Grotefendt ist Referentin für internationale Handelspolitik beim Forum Umwelt und Entwicklung.



CETA: The Canadian Perspective

by Stuart Trew

Canada is in an election year and while many trade justice activists would probably like to see the Canada-EU Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA), or the nearly concluded 12-country Trans-Pacific Partnership for that matter, become major issues this is unlikely to happen. Terrorism, dropping oil prices and who voters will trust to “manage these dark times” dominate early campaign messages and, thus, the media conversation.

However, trade agreements have high impacts not only on the economy but also on the political leeway of the respective governments, as the following example shows.

The recent loss of two highly problematic North American Free Trade Agreement (NAFTA) investor-state dispute settlement (ISDS) cases has shocked many Canadians and put both NAFTA and CETA proponents on the back foot. In one, a tribunal ruled 2-1 that an environmental assessment process in the province of Nova Scotia, which resulted in a U.S. aggregate firm being denied a permit to dig a quarry in a sensitive ecological zone, violated the firm’s NAFTA guarantee to minimum standards of treatment and national treatment. The arbitral panel felt that assessing the impacts of the quarry after the investor had been encouraged about the project was “arbitrary” and against his “legitimate expectations,” a finding that the dissenting member called “a remarkable step backwards” for environmental protection. The firm, Bilcon, is now seeking \$300 million in damages from the federal government simply for doing its job.

This grossly over-reaching NAFTA case highlights the same problematic investor protections in the yet-to-be ratified CETA. Thankfully it has drawn

global attention to the injustices of ISDS and will surely affect ongoing debates at the European and member state level on whether to include a similar dispute process in Canadian and U.S. free trade agreements. Canadian oil, gas and mining companies now self-interestedly back the government’s trade and investment agenda. They are increasing their investment in lawyers with ISDS experience to take on “resource nationalism” in all its forms, including the cancellation of mega-projects due to community resistance.

Critics of this corporate rights regime on this side of the pond draw considerable inspiration from news that more than 1.6 million Europeans have signed a petition against CETA and TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership). They are encouraged by reports from France that the government feels CETA’s investment chapter must be replaced with “something totally different,” or that Dutch parliamentarians have voted to remove ISDS from the transatlantic agreements, and especially that the #CETA hashtag on Twitter is dominated by German public demands to scrap the deal entirely.

Of course we are aware of the challenges in Europe, namely the German, European Commission and Canadian Embassy charm offensives designed to assuage public and political concerns about ISDS. Our hope that this high-stakes political battle can be re-broadcast to the Canadian public, that trade justice activists can connect these agreements to the social, environmental and fiscal crises our societies face, and that rejection of CETA becomes an option our federal and provincial politicians will find the courage to take.

Stuart Trew works as senior editor for the Canadian Centre for Policy Alternatives.



Foto: Flown/Pixelio.de
Uwe Hilsch cc by 2.0

Stillstand durch TTIP?

Hürden für Standards durch regulatorische Kooperation

von Alessa Hartmann

Nach fast zwei Jahren Verhandlungen zwischen Europa und den USA ist das Thema TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Der Begriff ist mittlerweile auch Nicht-ExpertInnen bekannt. Mindestens genauso gefährlich, aber noch viel unbekannter ist eines der horizontalen Verhandlungskapitel des TTIP. Horizontal, weil es alle Verhandlungsbereiche betrifft, von Landwirtschaft über Öffentliche Dienstleistungen bis zu Datenschutz. Genau genommen alle regulierenden und gesetzgeberischen Initiativen, die Einfluss auf den Handel haben könnten.

Die Gefahr versteckt sich hinter dem komplizierten Begriff „Regulatorische Kooperation“. Und auch wenn der ein oder andere sich nun bereits gelangweilt abwendet, es lohnt sich, genau hin zu sehen, was sich dahinter verbirgt: Nicht mehr und nicht weniger als die Agenda der EU zu einer weiteren Deregulierung! Aber der Reihe nach.

Die EU und die USA haben zwei grundlegend unterschiedliche Regulierungsweisen: In der EU gilt das Vorsorgeprinzip. Dies bedeutet, dass bevor ein Produkt auf den Markt gelassen wird, die ErzeugerInnen beweisen müssen, dass es nicht schädlich für Umwelt und VerbraucherInnen ist. In den USA ist es praktisch umgekehrt: Öffentliche Einrichtungen müssen beweisen, dass ein Produkt schädlich ist, damit es verboten und vom Markt genommen werden kann.

Handelsbarrieren sind Schutzstandards

Mit „regulatorischer Kooperation“ wollen die VerhandlerInnen auf beiden Seiten des Atlantiks

nun eine Harmonisierung und/oder gegenseitige Anerkennung von Standards erreichen, die sich handelshemmend auswirken. Diese sogenannten Handelsbarrieren oder -hemmnisse sind aber unsere in den vergangenen Jahrzehnten hart erkämpften Schutzstandards!

Eines der Kernelemente des EU-Vorschlags zur regulatorischen Kooperation ist der „Regulierungsdialog“: Wenn zum Beispiel eine neue Regulierung von einem EU-Mitgliedstaat vorgeschlagen wird, dann hat die USA das Recht, darüber informiert zu werden und darf die neue Regulierung kommentieren. Dieser Kommentar muss dann berücksichtigt werden, da Regulierungen nur noch in Übereinstimmung mit dem Handelsabkommen geschehen dürfen. Damit erhalten amerikanische Regierungen weitgehende Möglichkeiten europäische Standards und Regulierungen zu beeinflussen und zwar bevor demokratisch legitimierte Parlamente diese zu Gesicht bekommen. Nicht zuletzt führt dies zu Verhinderung und Verzögerung starker Gesetzgebungen zugunsten von Umwelt- und VerbraucherInnenschutz, die wir so dringend brauchen!

Lebendes Abkommen – Völkerrechtliche Absicherung der Regulierungsverlangsamung

Es kann sein, dass in dem finalen TTIP-Abkommen nichts von Marktöffnung für Chlorhühnchen steht. Doch TTIP ist als ein sogenanntes „living agreement“ geplant. Das bedeutet, dass nachdem Parlamente das Abkommen ratifiziert haben, Regulierung und Standardsetzung weiter verändert und ausgebaut werden können, ohne eine umfassende Beteiligung demokratisch ge-

wählter Parlamente. Zur Beaufsichtigung dieser Maßnahmen hat die EU die Schaffung eines transatlantischen institutionellen Rahmens vorgeschlagen, den Regulatory Cooperation Body (RCB) aus VertreterInnen ausgewählter Regulierungsbehörden der USA und der EU, der EU-Kommission, und der USTR (United States Trade Representative).

Diese Institution würde die Entwicklung und Umsetzung von Gesetzen in der EU und den USA beaufsichtigen. Problematisch ist, dass diese Institution nicht gewählt ist und durch sie viel Macht in die Hände weniger gegeben wird. Damit wird sie zum möglichen Einfallstor für unzulässige Einflussnahmen auf Regulierungsprozesse durch IndustrielobbyistInnen. Zudem erfordert der RCB eine Auswirkungsanalysen, das heißt, er entscheidet auf der Basis von Kosten-Nutzen-Analysen. Dabei werden Nutzen außer Acht gelassen, die nicht einfach messbar sind. Beispielsweise die Privatsphäre (Stichwort Datensicherheit) oder auch, wie viele Menschenleben gerettet werden könnten durch einen neuen Arbeitssicherheitsstandard.

Komplexer und ausführlicher: Verzögerung von Gesetzgebung

Der institutionelle Rahmen des RCB und der vorgeschriebene Regulierungsdialo g werden zu großen Verzögerungen in Gesetzgebungsprozessen

führen. Wird der RCB so tatsächlich in die Tat umgesetzt, wie er momentan geplant ist, wird es Staaten, Ländern und Regionen erschwert, höhere Standards beizubehalten oder einzuführen, wenn VerbraucherInnen dies verlangen, oder auf technologische Entwicklungen und auf unmittelbare Krisen (zum Beispiel im Lebensmittelbereich) zu reagieren.

Nun könnte man sagen, dass doch über Standards gesprochen werden muss und tatsächlich wird es das ja auch. Es gibt bereits Foren, in denen transatlantische Regulierung geregelt wird. Dafür braucht man kein TTIP. Außerdem belässt es das geplante RCB nicht dabei, über die Farbe von Autoblindern zu diskutieren, es geht weit darüber hinaus.

Alessa Hartmann ist Referentin für Handels- und Investitionspolitik bei PowerShift.

Geleakter Verhandlungsvorschlag der EU vom 20.04.2015: http://www.foeeurope.org/sites/default/files/eu-us_trade_deal/2015/report_regulatory_cooperation_eu_position_march2015.pdf.

Fast Track-Verfahren

von Jürgen Maier

Am 12. Juni 2015 scheiterte im US-Repräsentantethaus eine Abstimmung, mit der Präsident Obama sich eine sogenannte „Trade Promotion Authority“ (TPA) bewilligen lassen wollte, oft auch als „Fast Track“-Verfahren bekannt. TPA ist nichts anderes als eine Ermächtigung des Präsidenten durch den Kongress, weitgehend ohne Einflussnahme des Kongresses Handelsverträge mit ausländischen Staaten auszuhandeln, zu denen der Kongress nur noch ja oder nein sagen kann. Dies widerspricht eigentlich der US-Verfassung: Sie garantiert dem Kongress das Recht, solche Verträge Punkt für Punkt durchzugehen und Änderungen zu verlangen. Die Autoren der Verfassung von 1787 wollten damit verhindern, dass der Präsident zu mächtig wird und über den Umweg solcher Verträge Fakten schafft, die er auf normalem Gesetzgebungswege nicht schaffen könnte. Was die Verfassungsväter natürlich nicht verhindern konnten ist, dass ein willfähriger Kongress 200 Jahre später freiwillig seine verfassungsmässigen Rechte einfach aufgibt. Es war unter dem stark zu diktatorischen Tendenzen neigenden Präsidenten Nixon, dass der Kongress zum ersten Mal diese Vollmacht erteilte. 16-mal hat der Kongress TPA bisher erteilt, in letzter Zeit allerdings nicht mehr. HandelsexpertInnen aller Couleur neigen zu der Einschätzung, dass ohne TPA umfangreichere und kompliziertere Handelsverträge mit den USA gar nicht mehr möglich sind, weil sonst der Kongress jedes Verhandlungsergebnis neu aufschnüren würde. Für EuropäerInnen mag das ziemlich skurril erscheinen: Europäische Parlamente haben nicht so viel Macht und Selbstbewusstsein wie der US-Kongress, für sie ist Fast Track Normalzustand.

Jürgen Maier ist Geschäftsführer des Forums Umwelt und Entwicklung.



Foto: Berggeis007/Pixello.de

TTIP, CETA und Landwirtschaft – Wer gewinnt?

von Berit Thomsen

Der Standardabbau ist vorprogrammiert, die Wertschöpfung auf den Höfen sinkt

Der mögliche Abbau von Standards für den Schutz von VerbraucherInnen und Landwirtschaft ist eines der sensibelsten Themen in der Debatte um die geplanten Handelsabkommen zwischen der EU und den USA (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP) und Kanada (Comprehensive Economic and Trade Agreement, CETA). Die Bedeutung dieser Themen zeigt sich auch daran, dass sie Eingang in den Koalitionsvertrag der Bundesregierung erhalten haben. So heißt es dort: „Wir werden auf die Sicherung der Schutzstandards der Europäischen Union insbesondere (...) der europäischen Sozial-, Umwelt- und Lebensmittelstandards sowie auf den Schutz von Verbraucherrechten (...) Wert legen.“ Demnach dürfte beispielsweise das CETA-Abkommen von CDU/CSU und SPD gar nicht unterzeichnet werden. Denn dort ist die Abschmelzung unserer Regulierungen, etwa zum Erhalt der Gentechnikfreiheit in Europa, explizit vorgesehen.

In dem Kapitel „Regulatorische Kooperation“ des CETA-Vertrags¹ steht die Aufforderung an die beiden Vertragspartner: „establish, when appropriate, a common scientific basis“ (Seite 399). Mit dieser Formulierung ist geplant, dass zukünftig für die Zulassung von Risikotechnologien, wie gentechnisch veränderten Pflanzen, ein gemeinsamer „wissenschaftlich basierter Ansatz“ gelten soll, der sich am „Prinzip des Beweises“ wie es in den USA und in Kanada Praxis ist, orientieren soll. Konkret heißt das: Erst wenn eine Gefahr für Umwelt oder Gesundheit bewiesen ist, können

Risikotechnologien verboten werden. Dies stellt einen Angriff auf unser europäisches Vorsorgeprinzip dar, das es ermöglicht, risikoreiche Produkte nicht oder nur unter Auflagen zuzulassen, wenn wissenschaftliche Unsicherheiten bestehen.

Auch die regionalen Herkunftssiegel („Geografische Angaben“) sind Gegenstand der Debatte. Diese Siegel garantieren, dass die Erzeugung ganz oder teilweise in einer bestimmten Region stattfindet. Sie sind wichtig für regionale und meist höherpreisige Qualitätsmärkte und für die Wertschöpfung im ländlichen Raum. Von diesen Siegeln profitieren Bäuerinnen und Bauern, denn sie bieten ihnen die Möglichkeit, bessere Preise für Erzeugnisse zu erzielen. Im CETA-Vertrag sind 145 geografische Angaben (Seite 357–365) gelistet, die geschützt bleiben sollen. In der EU gibt es aber 1400 geografische Angaben. Auch in den TTIP-Verhandlungen sind regionale Herkunftssiegel Verhandlungsgegenstand. Auf der jüngsten Anhörung zu TTIP im Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestags sagte Gabriel Felbermayr vom Ifo-Institut München, regionale Herkunftssiegel sollen zwar erhalten bleiben, aber „es kann nicht jede Wurst geschützt werden.“

Nicht nur bei CETA, sondern auch bei TTIP läuft die Absenkung der Standards für Landwirtschaft und VerbraucherInnenschutz auf Hochtouren. Davor, dass die deutsche Bundesregierung und die EU-Kommission im Zuge der TTIP-Verhandlungen

gen einschlägigen Konzernen den Gentechnik-Teppich ausrollt, warnt die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) seit Monaten. Das gab jetzt auch EU-Agrarkommissar Phil Hogan erstmals öffentlich Preis und äußerte sich in der Agra-Europe² wie folgt zu TTIP: GVO (Genetisch Veränderte Organismen) seien ein heikles politisches Thema, auch wenn es rein wissenschaftlich betrachtet vielleicht keine Einwände gebe. Er räumte ein, dass die Verzögerung von Importzulassungen in der EU zu einem Problem werden könnte, wenn sich dadurch die Kosten für Futtermittel aus Übersee erhöhten. Die Kommission werde darüber und über den Prozess insgesamt in den nächsten Wochen eine detaillierte Diskussion führen. Gleichzeitig stellte Hogan in Aussicht, dass mit der gerade beschlossenen Optout-Regelung zum GVO-Anbau sich zumindest in einigen Teilen Europas die Aufnahme der Gentechnik beschleunigen dürfte.

Hinzu kommt, dass auch der finanzielle Nutzen der Handelsabkommen für die Landwirtschaft mehr als fraglich ist. Den Vertrag befürwortende PolitikerInnen und KommissionsvertreterInnen gehen davon aus, TTIP und CETA nutze vor allem dem Mittelstand. Für die Landwirtschaft trifft das allerdings vermutlich nicht zu. Das vom EU-Parlament beauftragte landwirtschaftliche TTIP-Gutachten vom Juli 2014³ kommt zu dem Schluss, dass die landwirtschaftliche Wertschöpfung in der EU durch TTIP um 0,5% sinkt, während diese in den USA um 0,4% steigt. Die europäische Stärkeindustrie beispielsweise, zu der auch der Verband der deutschen GetreideverarbeiterInnen und StärkeherstellerInnen gehört, sieht sich durch TTIP gefährdet. So heißt es ihrem Positionspapier vom 17. Februar zum geplanten transatlantischen Freihandelsabkommen mit den USA: „Aufgrund der strukturellen Unterschiede in den USA könnte die europäische Stärkeindustrie nicht auf einem notwendigen fairen Niveau konkurrieren. In den vergangenen 20 Jahren führten unterschiedliche politische Maßnahmen in den jeweiligen Ländern zu einem tiefgreifenden strukturellen Unterschied zwischen der US-amerikanischen und europäischen Stärkeindustrie. Die Europäische Stärkeindustrie sieht ihre Zukunft massiv bedroht, durch einen Abbau von Zöllen in ihrem Bereich im Rahmen eines transatlantischen Freihandelsabkommen.“ Statt aber dementsprechend skeptisch gegenüber TTIP zu sein, fordert die Stärkeindustrie „einen positiven Abschluss der Verhandlung mit einem weitreichenden Abbau von Zöllen und anderen Handelshemmnissen“, selbstverständlich unter Ausnahme ihres eigenen Sektors. Dort, wo das Abkommen allerdings Nutzen, also Profite,

bringt, hat die Agrarindustrie insgesamt ein großes Interesse an TTIP und einen enormen Einfluss auf die Verhandlungen, wie die Recherche der Nichtregierungsorganisation Corporate Europe Observatory (CEO) zeigt.⁴ CEO ermittelte, dass von Ende 2012 bis zum Frühjahr 2013 92% der 560 TTIP-Vorgespräche der Kommission mit der europäischen Wirtschaft geführt wurden. Davon hatte keine andere Branche so viele Treffen wie die Agrarwirtschaft. Es fanden 113 Treffen mit multinationalen Lebensmittelkonzernen, AgrarhändlerInnen und SaatgutherstellerInnen statt. Oben auf der Lobbying-Liste europäischer Agrarkonzerne stehen EUCOLAIT, der europäische Milchindustrieverband, und die Vereinigung der Europäischen Ernährungsindustrie „Food Drink Europe“ mit jeweils 8 Treffen.

Gleichzeitig halten sich die Agrarunternehmen in Europa mit öffentlichen Verlautbarungen zu TTIP strategisch sehr bedeckt. Auf der Homepage des Industrieverbandes Agrar (IVA) finden sich keine Einträge zu TTIP, beim Milchindustrie-Verband (MIV) ganze zwei, die aber wenig Aufschluss über seine Positionierung geben. Hinsichtlich der kritischen Stimmen von BürgerInnen, Bäuerinnen und Bauern insbesondere gegenüber dem geplanten Abbau von Standards für den Schutz von VerbraucherInnen und Landwirtschaft ist das wenig verwunderlich.

Aus Sicht von VerbraucherInnen, Bauern und Bäuerinnen sind diese Standards unverhandelbar. Sie wollen eine gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung, stellen sich gegen Patente auf Leben, Hormonfleisch, Chlorküchlein und Klontiere. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) fordert deshalb, TTIP und CETA zu stoppen.

Berit Thomsen ist Mitarbeiterin für Internationale Agrarpolitik der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL).

- 1 Consolidated CETA Text (2014): Published on 26 September 2014.
- 2 Agra-Europe (2015). TTIP: Hogan will „Schnellstraße über den Atlantik“, Agra-Europe 9/15, 23. Februar 2015.
- 3 EU-Parlament (2014). Risks and opportunities for the EU Agri-Food sector in a possible EU-US trade agreement, Brussels, July 2014.
- 4 Corporate Europe Observatory (CEO). Who lobbies most on TTIP? (<http://corporateeurope.org/international-trade/2014/07/who-lobbies-most-ttip>).



Foto: Jakob Huber/ECI Stop TTIP cc by-nc 2.0

Die versteckten Kosten von EU-Handelsverträgen

von Fabian Flues

Investorenklagen gegen EU-Mitgliedsstaaten

Innerhalb des geplanten transatlantischen Freihandelsabkommens TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) rief bislang ein Thema besondere Besorgnis hervor: Das Investoren-Staat-Schiedsgerichtsverfahren. Es sieht Schiedsgerichtshöfe vor, bei denen ausländische Investoren Staaten verklagen und Gerichtsurteile anfechten können, wenn diese den Wert ihrer Investition zu gefährden drohen. Die Verfahren werden als Paralleljustiz für Konzerne heftig kritisiert, weil durch sie Umweltschutz-, Sozial- und Gesundheitsstandards außerhalb des ordentlichen Gerichtswesens attackiert werden können. Dies ist z. B. der Fall wenn Staaten sich entscheiden, höhere Schutzstandards einzuführen oder nach einer Umweltverträglichkeitsprüfung Genehmigungen nicht zu erteilen oder mit höheren Auflagen zu versehen. Wenn diese den Wert oder die erwarteten Profite einer Investition reduzieren, können ausländische Investoren Schadensersatz vor Schiedsgerichten einfordern – oder sich mit dem Staat auf einen Vergleich einigen, der z. B. die Rücknahme der geplanten Maßnahme vorsieht.

Keine Gefahr für EU-Mitgliedsstaaten?

BefürworterInnen der Schiedsgerichtsverfahren wenden oft ein, dass diese für EU-Mitgliedsländer auf Grund ihrer gut entwickelten Rechtssys-

teme gar keine Bedrohung darstellten, sondern ausschließlich eine Absicherung für Unternehmen gegen „machthungrige Dritte-Welt Diktatoren“ seien. Eine Studie von Friends of the Earth Europe zeigt hingegen, dass dies keinesfalls so ist. Zwischen 1994 und 2014 wurden mindestens 127 Investorenklagen gegen Mitgliedstaaten der EU eingereicht.¹ Diese basieren zumeist auf bi- oder multilateralen Investitionsschutzverträgen, die von EU-Mitgliedstaaten abgeschlossen wurden und Schiedsgerichtsklauseln beinhalten. Details der von den Investoren eingeforderten Schadensersatzsumme sind nur bei weniger als der Hälfte der Fälle bekannt. Trotzdem beläuft sich diese auf beinahe 30 Milliarden Euro. Nur für 14 der 127 Fälle sind die Auszahlungen, die europäische Staaten als Konsequenz der Investitionsschiedsverfahren an Investoren machen mussten, öffentlich: Sie summieren sich auf etwa 3,5 Milliarden Euro.² In den anderen Fällen sind die Informationen entweder geheim oder die Fälle wurden noch nicht entschieden.

Osteuropäische Länder im Visier

Auffällig ist, dass besonders viele Verfahren gegen osteuropäische Länder eingeleitet wurden: In 76% aller Fälle wurde ein osteuropäisches EU-Mitgliedsland verklagt. Die Tschechische Republik ist dabei

besonders häufig von Klagen betroffen: Sie wurde bereits 26 Mal vor Investorenschiedsgerichten verklagt und hat bereits über 460 Millionen Euro ausbezahlt. Auch Polen und die Slowakei wurden bereits mehr als ein dutzend Mal verklagt, mit Auszahlungen an Investoren von über 2 Milliarden Euro (in Polen) und 500 Millionen Euro (in der Slowakei). Dass insbesondere osteuropäische Staaten auf der Anklagebank saßen, ist dabei keine Überraschung, haben doch die massiven wirtschaftlichen Umbrüche in den letzten 25 Jahren und der Beitritt zur EU Regierungen dazu gezwungen, die wirtschaftspolitischen Spielregeln an die neuen Gegebenheiten anzupassen. Dies hat sie jedoch zur Zielscheibe von Investorenschutzklagen gemacht.

Hohe Kosten

Ein emblematischer Fall ist die Klage des niederländischen Versicherungskonzerns Eureko (heute Achmea) gegen Polen. Nach der Teilprivatisierung einer vormals staatlichen Versicherungsgesellschaft entschied sich die polnische Regierung, von einer kompletten Privatisierung abzusehen, was Eureko als Vertragsbruch wertete. Obwohl polnische Gerichte als Schlichtungsort vertraglich festgeschrieben waren, erklärte sich ein Investorenschiedsgericht selbst für zuständig. Angesichts der geforderten Entschädigungssumme von 12 Milliarden Euro ließ sich die polnische Regierung auf einen Vergleich ein, der eine Zahlung von über 2,1 Milliarden Euro an Eureko vorsieht. Der Fall zeigt auf, dass selbst gütliche Einigungen mit enormen Kosten für die öffentliche Hand verbunden sein können. Zudem wird deutlich, dass Entscheidungen im öffentlichen Interesse – in diesem Fall gegen die vollständige Privatisierung – durch Investorenschiedsgerichte eingeschränkt oder enorm kostspielig werden können.

Konflikte mit EU-Recht

Eine absurde Wendung hat ein Schiedsverfahren gegen Rumänien genommen. Darin wurde Rumänien für die Streichung von Subventionen von einem Investor verklagt. Allerdings waren die von der europäischen Kommission auferlegten Konditionen der Grund für den Subventionsabbau. Die Europäische Kommission versuchte bisher vergeblich in das Verfahren zu intervenieren und kritisierte, dass eine Zahlung der Entschädigungssumme an den Investor eine unerlaubte Staatsbeihilfe darstellen würde. Rumänien befindet sich dadurch in eine unmöglichen Lage: Entweder ignoriert es die Entscheidung des Schiedsgerichts, was zu einer Beschlagnahmung rumänischer Vermögen im Ausland führen könnte

oder es zahlt und verstößt damit gegen EU-Recht, was zu einer Regressforderung von Seiten der Kommission führen könnte. In diesem Fall zeigt sich wieder einmal die hochproblematische Sonderstellung der Investorenschiedsgerichte, die es ermöglicht, die in Europa etablierte Rechtsordnung zu unterminieren.

Mit TTIP erhöht sich das Risiko

Europäische Länder sind zunehmend von Investorenklagen vor Schiedsgerichten betroffen, vor allem in Osteuropa. Die Entschädigungen, die von den Investoren eingetrieben werden, beeinträchtigen dabei die öffentlichen Haushalte erheblich. Durch TTIP würden sich die Investitionsströme, die von Investitionsklauseln erfasst werden, dramatisch erhöhen. Nach einer wissenschaftlichen Schätzung sind derzeit 20% der internationalen Investitionsflüsse von Investorenschiedsgerichten gedeckt – mit TTIP würde die Deckung auf etwa 80% ansteigen. Das System der Investorenschiedsgerichte würde sich durch das „Modellabkommen“ TTIP zudem international weiter verfestigen. Und dies zu einer Zeit, in der einige Länder wie Indonesien und Südafrika angefangen haben, aus dem Schiedsgerichtssystem auszusteigen.³ Allein auf Grund der Gefahren, die Investitionsschiedsgerichte für die öffentlichen Kassen und die Umwelt-, Gesundheits- und Sozialstandards in Europa und darüber hinaus darstellen, ist das geplante TTIP Abkommen abzulehnen.

Fabian Flues ist Campaigner im Friends of the Earth-Büro Brüssel.

- 1 Alle Angaben beziehen sich auf die Studie *The Hidden Cost of EU Trade Deals*, die von Friends of the Earth Europe im Dezember 2014 veröffentlicht wurde: <http://foeeurope.org/hidden-cost-eu-trade-deals> Auf der Website ist auch ein Spreadsheet mit Angaben zu allen 127 Fällen zu finden.
- 2 Die Anzahl von 127 bezieht sich nur die bekannten Fälle: Da die Verfahren intransparent und unter Ausschluss der Öffentlichkeit ablaufen, sind Dokumente oft nicht verfügbar und es liegt eine Dunkelziffer von nicht-öffentlich bekannten Verfahren vor.
- 3 Siehe z. B. <http://www.tni.org/pressrelease/after-south-africa-indonesia-takes-brave-decision-terminate-its-bilateral-investment>.



Foto: Jakob Huber/ECI Stop TTIP, cc by-nc 2.0

Europäische Bürgerinitiative Stop TTIP – Eine Zwischenbilanz

von Cornelia Reetz

Am 7. Oktober 2014 startete die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative (sEBI) gegen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) und CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement). Zeit für eine Halbzeitbilanz.

Knapp 2,2 Millionen Unterschriften, 15 erreichte Länderquoren, ein Bündnis aus mehr als 475 zivilgesellschaftlichen Organisationen aus 28 EU-Ländern. Das ist die sEBI in Zahlen im Juni 2015, acht Monate nach Sammelstart. Soweit so gut. Unser Bienenvolk sammelt fleißig und unermüdlich. Doch etwas ketzerisch könnte man fragen: Was bringt es?

Natürlich wollen wir mit der Unterschriftenaktion zeigen, dass viele EuropäerInnen die Abkommen ablehnen. Aber es kommt nicht nur auf die Zahl der Unterschriften an. Der Weg ist das Ziel. Die Bienen, die unermüdlich Blütenstaub sammeln, befruchten die Blüten, denen sie begegnen. Die Voraussetzung für ein blühendes Blumenmeer.

Etwas weniger blumig ausgedrückt, geht es bei der sEBI um „movement building“. Außer in Deutschland, Österreich, Luxemburg und vielleicht auch noch Frankreich, hat es in den meis-

ten europäischen Ländern bisher keine breite öffentliche Diskussion über die Abkommen TTIP und CETA gegeben. Die Medien und PolitikerInnen schweigen sich aus. Gerade deshalb brauchen wir eine starke Bewegung, die die Schlafenden weckt und sie zwingt, sich mit der Materie auseinanderzusetzen. Und dazu hat die sEBI in ihrer noch bisherigen Laufzeit schon beachtlich beigetragen.

Mit dem Erreichen der 1 Millionen-Unterschriften-Marke in der Rekordzeit von weniger als zwei Monaten haben wir gleich zu Anfang der Sammlung ein starkes Zeichen gesetzt. Das Medienecho war dementsprechend groß, auch in Ost- und Südosteuropa, wo die Bewegung es sonst schwer hat, das Thema auf die Tagesordnung zu bringen. Dort mangelt es zum einen an Ressourcen und ausreichend stark ausgebildeten zivilgesellschaftlichen Strukturen, zum anderen werden die GegnerInnen der Abkommen gerne als anti-amerikanisch gebrandmarkt, was in der alteingesessenen Logik des Kalten Krieges einer pro-russischen Haltung gleich kommt.

Der kraftvolle sEBI-Start hat eine neue Dynamik in diese Diskussion gebracht und der Bewegung

in den neuen EU-Mitgliedsländern Auftrieb gegeben. Sie wurde auch organisatorisch gestärkt, denn die sEBI trug zur stärkeren Vernetzung der Akteure sowohl innerhalb Ost- und Südosteuropas, als auch mit westeuropäischen Partnern entscheidend bei. In Kroatien beispielsweise gab es lange Zeit keine koordinierte anti-TTIP Arbeit auf nationaler Ebene. Dann schlossen sich einzelne Organisationen der sEBI an und vernetzten sich anschließend auch auf nationaler Ebene. Ähnlich lief es auch in Rumänien und Ungarn. In Finnland, Schweden und Dänemark verabredeten die dortigen sEBI-Mitgliedsorganisationen, sich in Zukunft stärker über die nordische Perspektive auf TTIP und CETA und gemeinsame Aktionen auszutauschen. Die vernetzende Wirkung der sEBI wurde auch beim zivilgesellschaftlichen Treffen der europäischen anti-TTIP Bewegung in Brüssel sichtbar, zu dem Anfang Februar 2015 rund 200 BewegungsvertreterInnen anreisten. Ost- und Südosteuropa war dort deutlich stärker repräsentiert als beim Vorjahrestreffen und die meisten der ErstteilnehmerInnen waren über die sEBI an die weitere Bewegung herangeführt worden. Kein anderes handelspolitisches Bündnis hatte bisher eine so gute Reichweite in die neuen EU-Mitgliedsländer wie Stop TTIP.

In den bevorstehenden Monaten der Kampagne müssen wir es zum einen schaffen, noch so viele Unterschriften wie möglich zu sammeln. Bisher wurde in vielen Ländern größtenteils über das Internet gesammelt. Bis Oktober haben wir Aktivitäten geplant, die die Offlinesammlung un-

terstützen und damit auch die Sichtbarkeit der Aktion in der Öffentlichkeit erhöhen sollen. Zum anderen müssen wir schauen, dass die neue Bewegung enger zusammenwächst und in der Lage ist, weitere Aktionen zu entwickeln und durchzuführen. Denn leider werden TTIP und CETA im Oktober mit Ende der sEBI noch nicht Geschichte sein. Zeit also darüber nachzudenken, was eigentlich danach kommt.

Cornelia Reetz ist Kampagnenmanagerin der selbstorganisierten europäischen Bürgerinitiative Stop TTIP.



Foto: Bündnis TTIPunfairHandelbar cc by 2.0

Hungary in the spotlight

by Györgyi Újszászi

The TTIP-critical movement is picking up in Eastern Europe! The Hungarian government recently joined other European governments and officially positioned itself against the inclusion of an investor-state dispute settlement (ISDS) in TTIP. One important reason for Hungary's critical position towards the treaty is that people consider the GMO (Genetically Modified Organism) ban in the country's new constitution endangered.

A parliamentary debate on TTIP took place in mid-February accompanied by a group of NGOs demonstrating outside the building. The outcome of the discussion was a letter of the chairman of the Hungarian parliament calling upon the EU member states to examine the overall potential impact of TTIP.

On the 18th of April the Hungarian civil society participated at the Global Day of Action and many organizations joined the Stop TTIP-movement, such as the National NGDO (Non-Governmental Development Organization) Platform, Greenpeace Hungary as well as other trade unions and environmental NGOs. The main topics of public discussion in Hungary are ISDS, GMO, food safety, chemical regulation and workers' rights.

Györgyi Újszászi is the project coordinator of the ecological NGO Védegylet/Protect the Future and the national contact person of the Stop TTIP-initiative. Védegylet/Protect the Future, together with Friends of the Earth Hungary, Occupy Hungary and GATE Greens form the core of the coalition.

Für eine Handelspolitik im Interesse der Menschen und der Umwelt – Keine transatlantischen Handels- und Investitions-Abkommen auf Kosten von Demokratie und Rechtsstaat, Umwelt-, Arbeits- und Sozialstandards, Subsidiarität und kultureller Vielfalt

Akademie der Künste, BÖLW, Deutscher Kulturrat, DGB, IG Metall, ver.di, PEN, AWO, Transparency International Deutschland, Deutscher Städtetag, BUND, Der Paritätische Gesamtverband, DNR, Verbraucherzentrale Bundesverband, BNN

Die geplanten bilateralen Freihandelsverträge der Europäischen Union mit den USA und Kanada haben in Deutschland und Europa, aber auch in Nordamerika eine öffentliche Diskussion über das Verhältnis von Freihandel, materiellen Standards, gesellschaftlichen Werten und demokratischen Entscheidungsverfahren hervorgerufen, wie es sie seit vielen Jahren nicht gegeben hat. Unsere Verbände, Gruppen und Institutionen haben bei etlichen Gelegenheiten zu den Zielen der Verhandlungen, dem Verhandlungsverfahren und den bisher bekannten Ergebnissen kritisch Stellung genommen.

Dabei treten wir gemeinsam ein für eine Handels- und Investitionsschutzpolitik, die auf hohen ökologischen und sozialen Standards beruht und nachhaltige Entwicklung in allen Ländern fördert. Sie muss insbesondere die Souveränität der Parlamente erhalten, nationale wie internationale Standards zum Schutz von Mensch und Umwelt respektieren, kommunale Selbstverwaltung und Aufgabenerfüllung gewährleisten, Transparenz in globalen Wertschöpfungsketten erhöhen sowie Unternehmensverantwortung und Rechenschaftspflichten von Unternehmen weltweit stärken. Wir brauchen soziale und ökologische Leitplanken für die Globalisierung, die dafür sorgen, dass Preise und Märkte auch die wahren Kosten widerspiegeln und diese nicht auf sozial Schwache oder die Umwelt abgewälzt werden.

Nur eine konsequente Offenlegung der Verhandlungsdokumente macht nachvollziehbar, ob tatsächlich Standards und Schutzvorschriften gesenkt oder aufgeweicht werden. Dies kann nicht erst am Ende der Verhandlungen erfolgen, wenn ein Gesamtpaket geschnürt worden ist, sondern

muss kontinuierlich und umfassend vor und parallel zu den Verhandlungen geschehen, um eine ausreichende Prüfung und Einflussnahme der Zivilgesellschaft zu ermöglichen.

Freihandel muss den Menschen dienen und nicht anders herum. Wir haben die Sorge, dass die laufenden Verhandlungen und deren Ergebnisse eine Entwicklung in Gang setzen, die den „Wert“ des Freihandels über die Werte einer aus europäischer Sicht erstrebenswerten ökologisch-sozialen Marktwirtschaft (z. B. Solidarität und Subsidiarität, informationelle Selbstbestimmung, Generationengerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung) setzt.

Unsere Kritik richtet sich deshalb insbesondere auf die folgenden fünf Eckpunkte:

Arbeits-, Gesundheits-, Kultur-, Klima-, Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards

Die mit TTIP und CETA verbundene zentrale Zielsetzung der Beseitigung nichttarifärer Handelshemmnisse durch Angleichung von Standards oder Verfahren der gegenseitigen Anerkennung lässt befürchten, dass im Vergleich zu den USA höhere europäische Standards im Arbeits-, Gesundheits-, Kultur-, Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz abgesenkt oder geringere US-Standards als „gleichwertig“ eingestuft und somit akzeptiert werden.

Zwar beteuert die Europäische Kommission, dass eine Absenkung von Standards nicht zugelassen werde, jedoch ist die Beseitigung oder Aufweichung von Schutzvorschriften (z. B. im Bereich der

Gentechnik oder der digitalen Verbreitung von künstlerischen Inhalten) erklärte Interesse von einflussreichen, im Vorfeld beteiligten Unternehmen und Unternehmensverbänden. Darüber hinaus sind die gesamten Bereiche SPS (Sanitary and Phytosanitary Measures) und TBT (Technical Barriers to Trade) ohne Ausnahmen Gegenstand des EU-Verhandlungsmandates und damit auch Gegenstand eines auszuhandelnden Gesamtpakets.

Geistiges Eigentum und geografische Kennzeichnungen sind in dem TTIP-Mandat ausdrücklich als Verhandlungsgegenstand benannt. Die Kernprinzipien des europäischen Urheberrechts, die den Urheber und seine Persönlichkeit sowie seine ökonomischen Rechte in den Mittelpunkt stellen, sind für uns jedoch nicht verhandelbar.

Eine Absenkung von Arbeits- und Sozialstandards ist nicht Gegenstand des Verhandlungsmandats. Die Beseitigung weiterer tarifärer und nicht-tarifärer Handelsschranken kann jedoch dazu führen, dass durch den zunehmenden Wettbewerbsdruck die schlechteren und im Zweifel billigeren Standards die besseren und teureren Standards vom Markt verdrängen. Um sicherzustellen, dass der verschärfte Wettbewerb nicht zu Lasten der Beschäftigten geht, müssen Handelsvereinbarungen mit der Stärkung von Arbeitnehmerrechten verknüpft werden. Dazu gehört insbesondere die Verpflichtung zur Einhaltung aller ILO Kernarbeitsnormen (Vereinigungsfreiheit, Recht auf Kollektivverhandlungen, Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit, Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf, Beseitigung von geschlechtsspezifischer Lohndiskriminierung) und weiterer von der ILO als „bedeutend“ klassifizierter Arbeitsnormen.

Die Einhaltung von Sozialstandards muss unter verbindlicher Beteiligung der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft überwacht werden. Verbesserungen der Arbeits- und Sozialstandards müssen effektiv durchsetzbar sein, mindestens im Rahmen des allgemeinen Streitbeilegungsmechanismus von Handelsabkommen.

Unabdingbar ist die Sicherung des in den europäischen Verträgen verankerten Vorsorgeprinzips, das staatliches Handeln bereits bei möglichen Schäden für Umwelt und Gesundheit erlaubt. Dieses Prinzip hat grundlegende Bedeutung für die europäische Umwelt-, Gesundheits-, Verbraucherschutz- und Landwirtschaftspolitik. Es darf nicht durch scheinbare Harmonisierungen oder gegenseitige Anerkennung angegriffen oder ausgehebelt werden.

Die bestehenden Rahmenregelungen und Förderinstrumente auf europäischer und Nationaler Ebene für Kultur und Medien wie die Buchpreisbindung, die direkte Förderung von Kultureinrichtungen, die Finanzierung des öffentlichen rechtlichen Rundfunks und die Gesetzgebungskompetenz zur Regulierung bestehender und zukünftiger linearer und nonlinearer Mediendienste sowie die Förderung von Künstlern und kulturwirtschaftlichen Unternehmen dürfen durch das Freihandelsabkommen nicht angetastet werden. Sie müssen weiterentwickelt werden können und zugleich eine Entwicklungsgarantie in die digitale Welt ermöglichen. Das gilt für den erwerbswirtschaftlichen wie den nicht gewinnorientierten Sektor gleichermaßen. Die Regelungskompetenz der EU und der Mitgliedstaaten in den Bereichen Telekommunikation und audiovisuelle Dienstleistungen gilt es zu gewährleisten und für die Zukunft zu sichern.

Vor diesem Hintergrund fordern wir, dass bei unterschiedlichen Schutzniveaus die in der EU einheitlich oder national geltenden Standards auf keinen Fall reduziert werden dürfen.

Regulatorische Kooperation/Regulatorische Kohärenz

Neben der Beseitigung von nichttarifären Handelshemmnissen bzw. der Standardangleichung in den Verträgen selbst ist die Etablierung neuer Systeme der regulatorischen Kooperation vorgesehen. Sie bestehen in der Regel aus Zielvorgaben zur Angleichung der rechtlichen Normen, vor allem der Vorgabe, bei neuen Entwicklungen erst gar keine Handelshemmnisse entstehen zu lassen sowie umfangreichen Informations- und Konsultationsvorgaben und einem institutionellen Rahmen (Regulierungsrat, Regulierungsforum).

Mit der Etablierung der regulatorischen Kooperation besteht die Gefahr, dass tief in die staatliche Souveränität und die demokratischen Rechte in der EU und in den Mitgliedstaaten („Right to regulate“) eingegriffen wird. Es ist diesem System der regulatorischen Kooperation immanent, dass entscheidende Fragen der Gestaltung unseres Gemeinwesens in intergouvernementale Beratungsgremien verlagert werden, was erreichte Fortschritte bei der Demokratisierung der EU wieder rückgängig machen würde.

Darüber hinaus kann regulatorische Kooperation verbunden mit der Zielvorgabe der Vereinheitlichung von Rechtsnormen zu einer Verzögerung oder Verhinderung dringend notwendiger Schutz-

vorschriften, z. B. im Umwelt- und Verbraucherschutz führen.

Von dem abzulehnenden System der regulatorischen Kooperation zu unterscheiden ist die transparent gestaltete fachliche Kooperation von Regulierungsexperten und Wissenschaft beiderseits des Atlantiks, die in Empfehlungen münden kann. Ein solcher Austausch findet im globalen Rahmen vielfach bereits statt und kann intensiviert werden.

Investorenschutz und Investor-Staats-Schiedsverfahren

In den vergangenen Jahren haben Klagen von Investoren gegen Staaten wegen deren regulatorischer Entscheidungen (Gesetzen, Verordnungen und darauf beruhenden Verwaltungsentscheidungen) stark zugenommen. Hintergrund ist die zunehmend extensive Auslegung unbestimmter Rechtsbegriffe (z. B. „investor“, „investment“, „expropriation“, „fair and equitable treatment“) und die Etablierung eines „Klage-Business“ internationaler Wirtschaftskanzleien.

Materielle Investorenrechte und Verfahrensrechte, die über den Grundsatz der Inländergleichbehandlung hinausgehen, sind bei TTIP und CETA besonders problematisch, weil beide Kontinente über hoch entwickelte Rechtssysteme verfügen, zu denen auch ausländische Investoren Zugang haben.

Neben der Detailkritik am Geltungsumfang des Investitionsschutzes (zu weite Begriffsdefinitionen, Beeinträchtigung staatlicher Regulierungshoheit etc.) und an den Schiedsverfahren (mangelnde Transparenz, fehlende Beteiligung Dritter, Interessenskonflikte, fehlende Berufungsmöglichkeiten etc.) stellt sich die Grundsatzfrage, ob Staaten und Unternehmen zukünftig auf eine Stufe gestellt werden sollen und ein paralleles privates Rechtssystem geschaffen bzw. ausgeweitet wird, das die Souveränität der Vertragsstaaten einschränkt, neue Regulierungspläne unter Druck setzt und zudem inländische Investoren/Unternehmen diskriminiert.

Die in verschiedenen oder anhängigen Schiedsverfahren der letzten Jahre zur Debatte stehenden Streitgegenstände und Kompensationssummen machen deutlich, dass Investor-Staat-Schiedsverfahren eine nicht zu akzeptierende Einschränkung staatlicher Handlungsmöglichkeiten und demokratischer Entscheidungsverfahren darstellen.

Allgemeine Dienstleistungsliberalisierung/Negativlisten-Prinzip

Anders als z. B. im Rahmen der WTO arbeiten TTIP und CETA mit einem allgemeinen Liberalisierungsgebot, von dem nur auf Wunsch einer der beiden Verhandlungsseiten einzelne und abschließend beschriebene Dienstleistungen ausgenommen werden können (Negativlisten-Prinzip).

Ein derartiges Liberalisierungsgebot führt zu einem Liberalisierungsdruck im gesamten Dienstleistungsbereich, der auch die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (Daseinsvorsorge) erfassen würde. Die im EU-Verhandlungsmandat enthaltene Aussage, die hohe Qualität der öffentlichen Versorgung durch Dienste von allgemeinem Interesse erhalten zu wollen, wird damit unterlaufen. Gleiches gilt für die kulturelle Vielfalt und Dienstleistungen des kulturellen Sektors allgemein.

Die sehr unterschiedlichen Definitionen von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge zwischen WTO, USA, EU und Mitgliedsländern wie z. B. Deutschland drohen zum Ansatzpunkt (z. B. im Rahmen von Investor-Staat-Schiedsverfahren) für eine weitere Liberalisierungswelle der öffentlichen Dienstleistungen zu werden. Darüber hinaus sind neue Dienstleistungen (wie z. B. in den letzten Jahren IP-TV) nach dem Negativlisten-Prinzip per se liberalisiert. Noch gar nicht bekannte Verbreitungswege z. B. für künstlerische Inhalte können durch Negativlisten nicht geschützt werden und werden daher per se in die Liberalisierung einbezogen. Die Rückkehr zum bisherigen Prinzip der Positivlisten ohne Erwähnung der Daseinsvorsorge ist daher erforderlich.

Das im letzten Jahr reformierte europäische Vergaberecht und die darin enthaltenen Erleichterungen für die Inhouse-Vergabe und die interkommunale Zusammenarbeit sowie die Bereichsausnahmen dürfen durch die Freihandelsabkommen nicht in Frage gestellt werden.

Darüber hinaus deuten die bisherigen Informationen darauf hin, daß die Rücknahme zeitweise privatisierter Bereiche in die öffentliche Daseinsvorsorge so sehr erschwert wird, dass damit Dienstleistungsliberalisierung nur als one-way Entwicklung zugelassen wird. Vor diesem Hintergrund dürfen sogenannte Stillstands- und Ratchetklauseln, die Liberalisierungsniveaus festschreiben würden, nicht Gegenstand von Freihandelsabkommen sein.

Klimaschutz und Energiepolitik/Fracking

Die Umsetzung eines aktiven Klimaschutzes setzt die drastische Reduzierung der Nutzung fossiler Rohstoffe und die erhebliche Steigerung der Nutzung erneuerbarer Energien voraus. Die bisher bekannt gewordenen Planungen der EU-Kommission im Rahmen der Verhandlungen über TTIP setzen hierfür die falschen Akzente.

Nach dem Willen der EU-Kommission soll es in TTIP ein eigenes Energiekapitel geben, dessen zentraler

Bestandteil sein soll, die in den USA notwendige Einzelgenehmigung für den Export von Öl- und Gas durch eine Generalgenehmigung für Exporte in die EU zu ersetzen. Dies würde das umweltschädliche Fracking in den USA weiter befördern.

Gleichzeitig wird die Förderung erneuerbarer Energieerzeugung restriktiv gehandhabt. So sollen z. B. local content-Klauseln bei Ausschreibungen verboten und die Bedingungen für die Förderung Erneuerbarer Energien noch restriktiver gestaltet werden als die ohnehin schon engen Beihilferegulungen des EU-Wettbewerbsrechts

Freihandel braucht Regeln und Transparenz

Stellungnahme des Vorstandes des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt auf Bundesebene zum TTIP-Abkommen

Diese Verhandlungen [zu internationalen Abkommen wie TTIP, CETA oder TiSA] folgen einer ökonomischen Logik, die dem nahezu unbegrenzten Freihandel eine allgemeine wohlstandsmehrende Wirkung zuschreibt. Gegen diese Logik sprechen allerdings die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte, in denen die in weiten Teilen unregulierte Globalisierung nicht nur Gewinner, sondern auch zahlreiche Verlierer hervor gebracht hat. Der Vorstand des KDA auf Bundesebene [nimmt dazu] folgende Stellungnahme ein:

1. [...] [D]ie Gefährdung von Sozialstandards und Arbeitsplätzen [hat] bisher nicht genügend öffentliche und mediale Aufmerksamkeit erhalten. Die im Rahmen verschiedener Studien prognostizierten Wachstumsgewinne durch das TTIP fallen selbst bei optimistischer Sichtweise gering aus. [...] Wir fordern eine seriöse Darlegung der zu erwartenden Arbeitsplatzverluste und der möglichen negativen externen Effekte (Gesundheitsschäden, soziale Konflikte, ökologische Schäden), die außerhalb der profitierenden Unternehmen, Branchen oder Regionen anfallen.
2. Der „jeweils höchste geltende Standard“ für soziale, ökologische oder Verbraucher- und Arbeitsschutzbestimmungen ist als Verhandlungsziel nicht ausreichend für eine nachhaltige Entwicklung. [...] Außerdem müssen demokratisch gewählte Parlamente auch zukünftig Verbesserungen beschließen können, ohne dass diese als „nichttarifäre Handels-

hemmnisse“ betrachtet und damit [ggf.] nicht [...] in Kraft treten können.

3. Die Kontrolle der Umsetzung bzw. Einhaltung von sozialen, ökologischen oder Verbraucher- und Arbeitsschutzbestimmungen muss gewährleistet sein. Das TTIP darf grundsätzlich nicht die Möglichkeit ausschließen, durch neue Erkenntnisse Fehlentwicklungen z. B. im Umwelt- und Klimaschutz oder im Arbeitnehmer- und Verbraucherschutz zu korrigieren.
- [...]
5. Das TTIP führt zu einer Verstetigung der Pfadabhängigkeit der Wirtschaftspolitik in ihrer einseitigen Ausrichtung auf das traditionelle BIP-Wachstum und auf die Herstellung von permanenter Wettbewerbsfähigkeit. Damit blendet es die Notwendigkeit einer raschen signifikanten Senkung des Ausstoßes von Treibhausgasen und des Verbrauchs knapper Ressourcen aus. [...] Es geht [...] um die Entwicklung kohlenstoffarmer Produktionsweisen, um transformative Bildung und Forschung und um eine neue Bewertung von nicht bezahlter, gesellschaftlich notwendiger Arbeit.
 6. Das TTIP wird den Druck zur Privatisierung öffentlicher, vor allem kommunaler Einrichtungen und Dienstleistungen verstärken. Wir teilen die Forderung der kommunalen Spitzenverbände, für die kommunale Daseinsvorsorge das Subsidiaritätsprinzip und die

Organisationsfreiheit der Kommunen auch im Rahmen von internationalen Handelsabkommen zu gewährleisten.

7. Ein Vertrag, dessen Ziel es ist, globale Standards für den globalen Handel [...] zu setzen, deren Wirkung also deutlich über das Gebiet der Vertragspartner hinausgeht, muss Mitverantwortung für die Betroffenen übernehmen. Die berechtigten Interessen von Entwicklungs- und Schwellenländern müssen Berücksichtigung finden [...].
8. Da es erklärtermaßen bei dem TTIP um nichts weniger als möglichst irreversible Vereinbarungen für eine zukünftige Weltwirtschaftsordnung geht, muss diese Debatte mit der größtmöglichen öffentlichen Beteiligung und Transparenz bezüglich der zu erwartenden Folgen geführt werden. In diese Debatte müssen auch wirtschafts- und gesellschaftspolitische Alternativen einbezogen werden. [...]
9. Die [...] Auseinandersetzung mit den Verhandlungen des TTIP darf nicht zu einer Anti-USA-Kampagne missbraucht werden oder [...] vorhandene europaskeptische Haltungen [...] verstärken. Eine differenzierte, kritische Auseinandersetzung mit den TTIP Verhandlungen muss auch die Kritik und unterschiedliche Interessen in den USA einbeziehen sowie auf mögliche Vorteile für Produzenten und Verbraucher_innen hinweisen [...].
10. Sollte das TTIP dazu führen, noch mehr wirtschaftliche Macht in den Händen weniger transnationaler Konzerne zu konzentrieren und demokratische Errungenschaften weiter zurückzudrängen, wäre ein solches Abkommen grundsätzlich abzulehnen.

Positionen und Forderungen des Bundesverbandes Öffentliche Dienstleistungen zu den Verhandlungen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen den USA und der Europäischen Union (TTIP)

[...] Der bvöd und seine Mitglieder begrüßen grundsätzlich die mit einem transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen zwischen den USA und der Europäischen Union verfolgten Ziele einer verbesserten internationalen Arbeitsteilung in der produzierenden Industrie und der Verbesserung internationaler Wertschöpfungsketten, soweit sie die Harmonisierung von industriellen Normen betreffen und nicht hinter den bestehenden Schutzstandards für Leben, Gesundheit, Arbeit und Umwelt zurückbleiben.

Durch eine verbesserte wirtschaftliche Zusammenarbeit können Vorteile auf ökonomischer wie gesellschaftlicher Ebene entstehen, wie eine Zunahme der Produktvielfalt, die Schaffung von Arbeitsplätzen, eine bessere Ressourcennutzung, ein größeres Innovationspotential und eine verstärkte partnerschaftliche Vertrauensbildung.

[...]

Die zentralen Anliegen des bvöd:

Als Interessenverband für Unternehmen und Verbände der öffentlichen Daseinsvorsorge fordert der bvöd die deutsche Bundesregierung auf, folgende Kernanliegen bei der Europäischen Kommission durchzusetzen:

- die Werte, Standards und hohe Qualität der Dienstleistungen von öffentlichem Interesse und die Möglichkeit zu ihrer Weiterentwicklung [...] zu wahren und die geltenden Anforderungen zur Erbringung öffentlicher Dienstleistungen von der Klassifizierung als Handelshemmnisse auszunehmen;
- Transparenz und einen offenen Diskurs über das Ausmaß von Liberalisierungsverpflichtungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge in Form eines breiten öffentlichen Konsultations- und Beratungsprozesses in allen Mitgliedstaaten und mit Einbeziehung der

Sozialpartner und gesellschaftlich relevanter Gruppen herzustellen;

- die Souveränität der europäischen und nationalen Gesetzgeber und den Vorrang demokratischer Legislativverfahren bei der zukünftigen regulatorischen Kooperation der Handelspartner EU und USA zu sichern;
- bei Ausgestaltung des Investorenschutzes und der Regeln zur Investor-Staat-Streitbeilegung den grundsätzlichen Vorrang solcher Gesetze und Vorschriften zu gewährleisten, die das Ergebnis von demokratischen Willensprozessen darstellen.

1. Die öffentlichen Dienstleistungen im TTIP

Die Grundlage für die Entwicklung der Werte, Standards und Qualität [...] der öffentlichen Daseinsvorsorge, bildet [...] die **Entscheidungs- und Gestaltungsfreiheit der EU-Mitgliedstaaten** und der Kommunen bei der Erbringung dieser Dienstleistungen, wie sie der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) vorsieht.

[...]

Die Verbände und Unternehmen der öffentlichen Wirtschaft warnen davor, dass in den TTIP-Verhandlungen [...] Liberalisierungsausnahmen umgangen werden, da alle Dienstleistungssektoren vom Verhandlungsmandat erfasst sind und damit eine größtmögliche Liberalisierung aller Bereiche des Wirtschaftsgeschehens angestrebt wird.

[...]

[U]neingeschränkte Marktzugangspflichten im TTIP [stellen] den demokratisch legitimierten nationalen und europäischen Rechtsrahmen in Frage, da **die Organisationshoheit der Gebietskörperschaften** und die **Vielfalt der Erbringungsformen als Ausdruck des kommunalen Selbstverwaltungsrechts** gefährdet würde, wie folgende Sektorbetrachtungen zeigen.

Die kommunale Wasserversorgung:

In diesem Sektor würde bei einer Liberalisierung und/oder Privatisierung die Aufgabenübertragung nur unter wettbewerblichen Voraussetzungen möglich sein. Wasser ist als natürliches Monopol anerkannt und die Orientierung an Gemeinwohlinteressen und Nachhaltigkeit wird über die Anbindung an die kommunale Ebene ermöglicht. Ein Wettbewerb und eine generelle

Marktöffnung werden deshalb in Deutschland nach einer langen und ausführlichen Debatte mehrheitlich abgelehnt. [...] Die Rekommunalisierung könnte aber durch TTIP erschwert und die kommunale Entscheidungsfreiheit, die Wasserversorgung wieder in die eigene Hand zu nehmen, erheblich eingeschränkt werden. [...]

Die öffentliche Netzwirtschaft und -bereitstellung:

Hier gefährden der Trend zur Marktöffnung [...] den vorwiegend von der öffentlichen Hand geführten **Netzbetrieb** in Deutschland. Die Rahmenbedingungen dieser Netzwirtschaft werden von einer gemeinnützigen Regulierung mit starker Umweltorientierung geprägt. Sie ist durch eine flächendeckende geographische Ausdehnung und stabile Renditen gekennzeichnet und stellt für externe Wettbewerber ein besonders attraktives Geschäftsfeld dar. [...]

Es ist zu befürchten, dass ein Freihandelsabkommen mit den USA eine weitere Liberalisierung der öffentlichen Netzwirtschaft zur Folge hätte. Zudem ist zu befürchten, dass bestehende und geplante Umweltvorschriften der Branche von privaten Investoren und Wettbewerbern als „ergebnishemmend“ eingestuft und im Rahmen des Investorschutzsystems ISDS angegangen werden.

Die Finanzdienstleistungen in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft:

Im Bereich der Erbringer von Finanzdienstleistungen in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft – in Deutschland sind dies die Sparkassen – könnten diese im Fall einer Privatisierung und/oder Liberalisierung ihrem öffentlichen Auftrag nicht mehr nachkommen. [...]

Die Interessen privater Investoren passen nicht zu Unternehmen mit einem öffentlichen Auftrag. Denn private Investoren erwarten zu Recht, dass ihr Kapital eine höchstmögliche Rendite erzielt. Erst die öffentlich-rechtliche Trägerschaft schafft die strukturellen Voraussetzungen, um dauerhaft den öffentlichen Auftrag erfüllen zu können.

Der öffentliche Personenverkehr:

[...] Die Direktvergabeoption [an interne Betreiber] garantiert heute den Gebietskörperschaften unter bestimmten strengen Voraussetzungen, Verkehrsleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs [...] zu vergeben. Es besteht die Gefahr, dass die Verordnung [...] als Handelshemmnis im Bereich der Dienstleistungen

klassifiziert werden wird. [...] Den zuständigen Behörden wäre es bei einer Marktöffnung ohne regulatorische Rahmenvorgaben nicht mehr möglich, klare, verbindliche und durchsetzbare Regelungen zum Schutz und Ausbau von Arbeitnehmerrechten, von Umweltstandards oder sonstigen Qualitätsanforderungen zu stellen. Außerdem wäre die Finanzierung innerhalb der in Deutschland nahezu flächendeckend erreichten Verkehrsverbände erheblich gefährdet.

Die öffentliche Abfallwirtschaft:

[...] Die Regelungen des Investitionsschutzes im TTIP könnten weitere Bemühungen zur Wertstofftrennung erschweren, wenn amerikanische Firmen auf der Grundlage derzeitiger Gesetzgebung ihre Serviceleistungen, zum Beispiel in Form der Betreuung einer Deponie, bereitstellen. Das auf europäischer Ebene diskutierte und wahrscheinlich geplante Deponierungsverbot für unvorbehandelte Abfälle würde deren Geschäftsgrundlage zunichtemachen. Eine nachträgliche Veränderung der Trennvorgaben [...] könnte [...] ein Fall für ein Schiedsgerichtsverfahren werden. Damit könnte sich im schlimmsten Fall der derzeitige, unbefriedigende Zustand der europäischen Abfallwirtschaft auf Jahre hinaus zementieren [...].

Das öffentliche Bildungswesen:

[...] In der Europäischen Union existieren bereits Bildungssysteme mit öffentlichen und privaten Anbietern und es gibt einen Wettbewerb in bestimmten Marktsegmenten [...]. In Deutschland garantieren die staatlichen Universitäten den allgemeinen Zugang zu einer umfassenden und qualitativ hervorragenden akademischen Ausbildung [...]. Dieses System der staatlichen Mittelzuweisung könnte innerhalb der TTIP-Verhandlungen als Marktbeschränkung in den Fokus geraten. Auf Grundlage von Bieterverfahren in einem Bildungsmarkt würden private Universitäten an den staatlichen Mittelzuweisungen partizipieren. [...]

Die öffentlichen Krankenhäuser und Rettungsdienste:

Im Bereich der öffentlichen Krankenhäuser und Rettungsdienste könnte die staatliche Krankenhausplanung [...] eines Landes als staatliches Hemmnis privater Investitionen in diesem Bereich „öffentlicher Dienstleistungen“ angesehen werden. Eine vollständige Liberalisierung des Krankenhaussektors als Folge eines TTIP-Abschlusses

könnte den gesetzlichen Auftrag zur Gewährleistung einer qualitativ hochwertigen medizinischen Grundversorgung durch kommunale Krankenhäuser aushöhlen [...].

Das öffentliche Kulturwesen und die Kulturwirtschaft:

Kulturgüter und -dienstleistungen haben einen besonderen, doppelten Charakter. Sie sind einerseits Wirtschaftsgüter und andererseits Träger von kultureller Identität und kulturellen Werten. Kulturgüter und -dienstleistungen werden von erwerbswirtschaftlichen Unternehmen, von öffentlich geförderten Institutionen, von durch Gebühren finanzierten Einrichtungen sowie durch Kultureinrichtungen in Trägerschaft der öffentlichen Hand erbracht. [...]

Die bestehenden Förderinstrumente auf europäischer und nationaler Ebene für den Kultur- und Mediensektor dürfen durch das Freihandelsabkommen nicht angetastet werden. [...] Die Ausnahme darf sich nicht allein auf die bestehenden Förderinstrumente beziehen, sondern muss neue, noch entstehende Förderinstrumente erlauben, um zukunftsfähig zu sein. [...]

Die Verbände und Unternehmen der öffentlichen Wirtschaft fordern daher:

[...] Wir fordern die Bundesregierung [...] auf sicherzustellen, dass die TTIP-Verhandlungen von einem breit angelegten Konsultations- und Beratungsprozess während und nach Abschluss der Verhandlungen begleitet werden. Dies sollte in allen Mitgliedstaaten, mit den Sozialpartnern und mit allen gesellschaftlich relevanten Gruppen erfolgen. [...] Eine umfassende Information und Aufklärung auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen über Chancen und Risiken, über den genauen Inhalt und die Entwicklungen der Verhandlungen stellt sicher, dass es keine nachteilige Auswirkung auf Leistungen der Daseinsvorsorge durch TTIP gibt.

2. Zukünftige Regulierung im TTIP

[...] Der bvöd und seine Mitglieder fordern, dass die Souveränität des europäischen und nationalen Gesetzgebers gewahrt bleibt und durch die geplante regulatorische Kooperationsverpflichtung zwischen der EU und den USA bei zukünftigen Gesetzgebungen nicht die demokratischen Legislativverfahren umgangen werden.

3. Streitschlichtungsmechanismus zwischen Investoren und Staaten im TTIP

[...] Wir fordern die Bundesregierung auf sicherzustellen, dass der durch TTIP geplante Investorenschutz nicht missbräuchlich gehandhabt wird und Konzernen eine Möglichkeit eröffnet wird, Gesetze, Vorschriften und Entscheidungen öffentlicher Verwaltungen als Hindernis für Investitionen anzugreifen.

Öffentliche Auftragsvergabe im TTIP

[...] Der bVöd fordert, dass diese vergaberechtlichen Standards gesichert werden und die Steuerungsfunktion des öffentlichen Beschaffungswesens nicht mit dem Argument des Marktzugangs ausgehebelt wird.

[...]

Consumer Federation of America: “How the EU/US Trade Agreement Impacts Product Safety and the Regulatory Process”

Rachel Weintraub is the legislative director and senior counsel for Consumer Federation of America. Previously, she was the Director of Product Safety. [...] Ms. Weintraub represents CFA on behalf of consumers before the Consumer Product Safety Commission, Congress, state legislatures, and within voluntary standard setting organizations. [...]

Consumer Federation of America (CFA) is a nonprofit association that seeks to advance the consumer interest through research, advocacy, and education. [...] CFA is also a member of the Transatlantic Consumer Dialogue, a forum through which U.S. and EU consumer organizations agree on policy recommendations concerning cross-border consumer issues. [...] How the EU/US Trade Agreement Impacts Product Safety and the Regulatory Process.

[...] TTIP is not a traditional trade agreement about tariffs, rather is an agreement about the laws and regulations that protect consumers. [...] Recent important product safety protections could be weakened by TTIP as could other regulations through regulatory preemption. Finally, we have serious concerns about regulatory convergence as it could be implemented by TTIP and the lack of transparency continues to be problematic.

Product Safety

The Consumer Product Safety Improvement Act (CPSIA), [...] [a] critical new law [in the U.S.] makes consumer products safer by requiring that toys and infant products be tested to mandatory

standards before they are sold, and by practically eliminating lead and banning phthalates in children’s products. [...]

One of the most critical is the provision that requires third party testing of toys and infant and toddler products to mandatory standards.

The implications of the TTIP agreement on this important consumer protection are significant. Not only does the U.S. have some of the strongest standards in the world, such as for cribs, but the standards for many other products such as toys are different than those in the EU. Another critical difference is that in the EU, these products are not required to be tested by an independent third party. Rather, in the EU self declarations are acceptable. This is a substantial difference.

[...]

The International Federation of Inspection Agencies [...] conducted two studies in 2012 and 2013 which examined the compliance of self declared and third party tested products in Europe. The 2012 study examined self declared products in Europe and found a failure rate of 82% [...]. The 2013 study evaluated the compliance of products that were subject to third party testing in Europe and found vastly different results: 25% failure rate and 1 critical failure.

Given the significant distinction between the method of evaluation of the safety of products in the EU and the U.S. and the potentially serious impact on consumer protection, this issue

cannot and should not be resolved through TTIP and should be resolved democratically by each region. [...]

Regulatory Preemption

Negotiators on both sides of Atlantic and President Obama have claimed that they don't intend to weaken consumer protections. [...] But many companies and trade associations in the EU and in the U.S. have prioritized getting rid of and preventing the passage of future consumer protections [...]. The TTIP could provide these entities with an opportunity to weaken consumer protections, through a process that is much less transparent and democratic than the United States' normal legislative and regulatory systems. [...].

Regulatory Convergence

The leaked EU position paper on regulatory convergence is very alarming. The idea that a new but ambiguous type of international "cooperation" will be established to change rulemaking in the EU and U.S. is problematic. While Consumer Federation of America and other similar groups have incomplete information about this "cooperation" we fear that it will create a mega non democratic international regulatory body that could be used by entities with extensive resources to block consumer protections. Further, this regulatory convergence could also include using "cost benefit" and "trade impact" analyses for proposed regulatory or legislative initiatives.

Using these types of analysis in the policy toolkit [...] as the primary means to measure the need for regulations, especially against the impact

on trade, would be problematic because not all benefits can be quantified.

We are concerned that the Regulatory Cooperation Council (RCC) may be used to weaken and preempt existing consumer protections while creating a system to thwart future safeguards. We fear that there is no aspect of the RCC that seeks to protect consumer health and safety or ensure a fair marketplace.

Transparency

[...] Consumer Federation of America and other consumer groups cannot accept agreements that are made in secret. The draft text of the TTIP must be made public at frequent intervals during the negotiating process. This is a critical democratic principle necessary to ensure that all stakeholders have opportunities to provide feedback to the text of the TTIP. [...] We understand the concerns that [...] democracy and openness can sometimes make things more complicated, but they produce better outcomes and are essential when it is our hard-won rights and consumer protections that are being traded away.

Conclusion

Consumer Federation of America has significant concerns about the breadth of TTIP's scope and the negative consequences it could have on product safety, the regulatory process and transparency. International trade agreements should not weaken consumer protections. Unfortunately, it is possible that TTIP will do exactly that.

Grüne Wirtschaftsverbände: TTIP, ISDS – So nicht!

Ecopreneur.eu, der europäische Zusammenschluss nachhaltiger Unternehmensverbände, spricht sich gegen das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA aus, einschließlich des dort ausgehandelten Investitionsschutzabkommens (ISDS).

Wird TTIP so umgesetzt, wie es sich gegenwärtig abzeichnet, können internationale Konzerne mithilfe von TTIP und ISDS von Staaten politische (Nicht-)Handlungen „erpressen“. [...] Ecopreneur.eu sieht als Voraussetzung für Freihandel und Investitionsschutz einen Vertrag, der als Maßstab den

jeweils höchsten Umweltstandard, den höchsten Sicherheitsstandard und die höchsten sozialen Standards setzt und nicht umgekehrt. Selbstverständlich müssen Investitionen im Ausland effektiv geschützt werden, aber nicht zu Lasten der Umwelt, der Gesundheit oder der sozialen Sicherheit eines Landes.

i) Ordentliche Gerichte statt geheime Vertragsgerichte

Klagen müssen zudem aus Achtung vor der Gewaltenteilung nicht vor geheim tagenden Vertragsgerichten, sondern vor ordentlichen Gerichten eingebracht werden. [...] In Deutschland, Österreich und Frankreich gibt es effektiven Rechtsschutz durch staatliche Gerichte auch für ausländische Investoren. In EU-Staaten, in welchen noch kein effektiver Schutz besteht, muss entweder nachgebessert oder bezogen auf das jeweilige Land ein Vertragsgericht vorgesehen werden. Wenn die USA Freihandel und Investitionen europäischer Unternehmen nicht diskriminierungsfrei und effektiv durch ihre eigene Gerichtsbarkeit absichern können, mag für europäische Unternehmen in den USA auch die Möglichkeit von Vertragsgerichten geschaffen werden. Der Investitionsschutz muss dann aber transparent sein und so ausgestaltet sein, dass auch kleine und mittlere Unternehmen sich solch ein Verfahren leisten können.

ii) Umwelt- und Sozialstandards sichern und ausbauen

Ökologisch oder sozial nachhaltig wirtschaftende Unternehmen [...] [müssen] einen hohen Aufwand betreiben, damit ihre Kunden den Mehrwert verstehen und bereit sind, gegebenenfalls auch höhere Kosten in Kauf zu nehmen. Nachhaltig wirtschaftende Unternehmen setzen darauf, dass die von ihnen praktizierten fortschrittlichen Ansätze künftig möglichst zum gesetzlichen Standard werden.

Wenn der Gesetzgeber jedoch Klagen multinationaler Konzerne fürchten muss, die aus jeder Verbesserung von Umwelt-, Gesundheits- oder Sozialstandards eine Diskriminierung und damit einen Angriff auf ihr Eigentum machen, wird das zu wenig ambitionierten Richtlinien führen. [...]

Daher besteht die tatsächliche Gefahr von TTIP nicht nur darin, dass Verbraucherschutzstandards abgesenkt, sondern dass heutige unzureichende Standards in der Landwirtschaft und in der Lebensmittelbranche zementiert und nicht verbessert werden. Mit Blick auf die agrarindustrielle Produktion in den USA muss befürchtet werden, dass beispielsweise die bäuerliche und artgerechte Fleischerzeugung im ökonomischen Wettbewerb nicht mithalten kann. Auch die angekündigten Pläne der USA, genmanipulierte Produkte nur per Strichcode kenntlich zu machen und die bestehende Kennzeichnung „gentechnikfrei“ abzuschaffen, sind alarmierend. [...]

Bereits vor Schiedsgerichten verhandelt werden auch die Klagen von amerikanischen Investoren gegen bestehende Sozialstandards. Die USA haben zwei wichtige Normen der ILO, der Internationalen Arbeitsorganisation, nicht ratifiziert, die aus Gewerkschaftssicht besonders wichtig sind, nämlich die Normen zur Vereinigungsfreiheit und zu Kollektivverhandlungen. Daher sind auch soziale Standards in Gefahr, die in europäischen Mitgliedsstaaten eine hohe Akzeptanz haben.

iii) Regionale Strukturen schützen

In den Verhandlungen zu TTIP steht auch der Schutz von regionalen Herkunftsnachweisen oder regionalen Marken zur Disposition. Ecopreneur.eu fürchtet diesen Schaden für regionale Märkte. Darüber hinaus warnen die Unternehmensverbände aber vor dem völligen Verlust von regionalen Märkten und regionalen Strukturen. Gerade diese Strukturen garantieren eine autarke Versorgung in den und damit auch die Widerstandsfähigkeit von Regionen.

Ecopreneur.eu fordert daher den sofortigen Stopp der Verhandlungen zu TTIP und ISDS. Bei transparenten und demokratisch legitimierten Neuverhandlungen ist folgendes zu berücksichtigen:

- als Maßstab gilt der jeweils höchste Umwelt-, Sicherheits- und soziale Standard
- Vertrag als Positivliste formulieren [...]
- diskriminierungsfreie Unterordnung des Investitionsschutzes unter den jeweils höchsten Umwelt-, Gesundheits- und Sozialstandard
- Schutz von regionalen Herkunftsnachweisen, Marken, Strukturen
- Herausnahme des Kulturbereichs aus Freihandel und Investitionsschutz (Wahrung der kulturellen Besonderheiten)
- Vertragsgerichte nur in Ländern, wo kein effektiver Rechtsschutz durch ordentliche staatliche Gerichte gewährleistet ist. Der Schutz muss diskriminierungsfrei auch kleinen und mittleren Unternehmen ohne exorbitante Kostenlast zugänglich sein.

TTIP bad for agriculture, health and the environment says U.S. and EU civil society

Institute For Agriculture And Trade Policy, July 10, 2014

BRUSSELS – The next round of negotiations for the Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) will take place July 14–18 in Brussels, almost exactly a year since the first round in Washington, DC. Since that time, movements for local and regional farming and food systems and public health advocates on both sides of the Atlantic have coordinated efforts to raise their concerns around the agreement. [...] Civil society groups from the U.S. and EU are deeply concerned that the agreement could serve to lower standards on food safety and public health.

“We must not let free trade agreements like TTIP move us towards even more intensive food production without thinking about how this will impact on the environment, public health, food safety, rural development and local communities. Civil society in both the EU and the U.S. is ready to raise the bar and instead of starting a race to the bottom,” said Robert Pederson of ARC2020, the European sustainable agriculture coalition.

Ben Burkett, National Family Farm Coalition board president and Mississippi farmer stated, „This agreement [...], as currently being negotiated, threatens food sovereignty and jeopardizes important laws in Europe protecting family farmers there. Laws related to genetically engineered seeds and livestock, a fair pricing system for dairy farmers, and the ability to direct market our fruits, vegetables and other products to meet food procurement goals would be particularly threatened.”

The groups also raised concerns about undue corporate influence in the trade talks. Corporate Europe Observatory’s Nina Holland warned that, “Lobbying by agribusiness has outnumbered all other industry sectors. In fact, we have evidence that the European Commission has been actively seeking input from the joint pesticide industry on TTIP. Claims by politicians that ‘food standards will not be lowered’ should not be taken at face value, as this is precisely what the industry is after.”

“We hear a lot about the need to agree on common standards, but why should that happen within the black box of a trade agreement?” asked the Institute for Agriculture and Trade Policy’s

Karen Hansen-Kuhn. “The U.S. and EU have already agreed on an Organic Equivalency Arrangement and a bilateral agreement to protect wine names. The governments should bring civil society in on open discussions on the specific issues where we could reach common ground, outside of the confines of TTIP.”

Several groups raised specific concerns on what’s at stake in the trade talks, including:

Animal agriculture and food safety:

“The animal advocacy movement has grown on both sides of the Atlantic. [...] In the EU significant legislative provisions and standards have been set in place, reflecting the concerns of European citizens in regards to the continuous intensification of animal farming. A trade agreement with the U.S., [...] where farm animal welfare legislation is minimal at best, will seriously undermine existing rules by allowing animal products produced to almost non-existent standards to enter the EU market while bringing a halt to further progress in legislative work.” (Olga Kikou, European Affairs Manager, Compassion in World Farming)

“We cannot let agribusiness interests on either side of the Atlantic use the U.S.-Europe trade deal to lower public health and safety standards. We must reject European industry attempts at undercutting safeguards related to mad cow disease as well as U.S. agribusiness’ ambitious plans to lower European standards related to hormone treated beef, chicken washed in chlorine and meat produced with growth stimulants.” (Kari Hamerschlag, Senior Program Manager, Food and Technology Program at Friends of the Earth)

Public health and consumers’ right to know:

“Although almost 70 percent of all processed foods [...] – from soda to soup – sold in U.S. supermarkets contain genetically modified organisms (GMOs), the U.S. requires no labeling of these products. Consumers, in poll after poll, demonstrate that they want such products to be labeled [...] so they can make a choice about

what they feed themselves and their children. Presently, there are over 30 GMO labeling initiatives in 16 states, with legislation for labeling passing in three states. The U.S. is pushing the EU to curb its GMO labeling requirements and should this happen, it could undermine efforts in the U.S. to require labeling of those products.” (Debbie Barker, International Director, Center for Food Safety)

[...] “Worldwide, 40 million children under five are overweight or obese. Part of this increase is related to the consumption of unhealthy processed food and drinks. Governments have to be able to protect their citizens and address these issues with adequate policy measures. TTIP will

limit those possibilities. Under TTIP, Big Food and Big Soda companies would be able to increase the production of processed food and are enabled to sue governments if they try to limit the access to unhealthy food and drinks.” (Ella Weggen, Health Advocate, Wemos Foundation)

These and other civil society groups agree that TTIP threatens healthy food and sustainable agriculture in myriad ways, from rules on food safety and labeling to investment and procurement. They join many other groups in demanding that the governments publishing negotiating texts so an open public debate can happen on the real agenda in the trade talks.

„Die kommunalen Spitzenverbände und der Verband kommunaler Unternehmen“ (Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Verband kommunaler Unternehmen)

Die kommunalen Spitzenverbände und der Verband kommunaler Unternehmen [...] unterstützen das mit den Abkommen verfolgte Ziel, durch den Abbau von Handelshemmnissen und die Verbesserung der Investitionsbedingungen die Schaffung von Arbeitsplätzen zu befördern. Freihandelsabkommen bergen jedoch auch erhebliche Risiken für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, die durch die Kommunen und ihre Unternehmen verantwortet und erbracht werden. [...] Städte, Gemeinden, Landkreise und kommunale Unternehmen fordern die auf europäischer und nationaler Ebene [...] politisch Verantwortlichen deshalb auf, die folgenden Punkte zu gewährleisten:

1. Kommunale Organisationsfreiheit bei der Daseinsvorsorge – Ausnahme von Marktzugangspflichten gewährleisten!

[...] Die Kommunen verantworten die Leistungen der Daseinsvorsorge für Ihre Bürgerinnen und Bürger. [...] Marktzugangspflichten im Rahmen von Freihandelsabkommen [...] sind jedoch geeignet, diese kommunale Organisationsfreiheit auszuhöhlen: Sollten typische kommunale

Dienstleistungen wie die Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung, der Öffentliche Personennahverkehr, Sozialdienstleistungen, Krankenhäuser oder die Kultur Regeln zur Liberalisierung unterworfen werden, würde die derzeit garantierte umfassende Organisationsentscheidung von Kommunalvertretern durch rein am Wettbewerbsgedanken ausgerichtete einheitliche Verfahren ersetzt. [...]

Daher fordern die kommunalen Spitzenverbände und der Verband kommunaler Unternehmen (VKU), dass die kommunale Daseinsvorsorge von den Marktzugangspflichten im TTIP und allen weiteren Freihandelsabkommen ausgenommen wird. Der beste Weg dazu ist der sogenannte Positivlisten-Ansatz. [...]

Sollte für das Prinzip des Marktzugangs im TTIP jedoch der Negativlistenansatz gewählt werden [...] ist dort und in allen so verfahrenen Abkommen sicherzustellen, dass die nicht-liberalisierten Bereiche der Daseinsvorsorge ausdrücklich von der Anwendung dieses Prinzips ausgenommen werden. In diesem Fall muss auch die Anwendung von Stillstands- und Ratchetklauseln [...] zwingend ausgeschlossen werden. [...]

2. Öffentliches Beschaffungswesen und Wettbewerbsrecht – Nicht über das europäische Vergabe- und Konzessionspaket hinausgehen!

Die kommunalen Spitzenverbände und der VKU fordern [...], dass Regelungen zum öffentlichen Beschaffungswesen und Wettbewerbsrecht in Handelsabkommen mit Auswirkungen auf die kommunale Organisationsfreiheit nicht hinter dem reformierten europäischen Vergaberecht zurückbleiben dürfen. [...] Die Erleichterungen für Inhouse-Vergaben und die interkommunale Zusammenarbeit sowie die Bereichsausnahmen für Rettungsdienste und die Wasserwirtschaft [dürfen] nicht durch die Hintertür eines Freihandelsabkommens auch nur ansatzweise in Frage gestellt werden.

3. Investorenschutz – Zuständigkeit der nationalen Gerichtsbarkeit auch für Investoren aus Drittstaaten!

Regeln zum Investitionsschutz sind in Abkommen unter Staaten mit ausgeprägter rechtsstaatlicher Tradition und ausreichendem Rechtsschutz vor nationalen Gerichten nicht notwendig. Jedenfalls darf durch solche speziellen Regelungen Investoren nicht die Möglichkeit eingeräumt werden, ihnen unliebsame, aber demokratisch legitimierte und rechtsstaatlich zustande gekommene politische und administrative Maßnahmen [...] vor internationalen Schiedsgerichten anzugreifen. [...] Alleine die Möglichkeit einer ausufernden Schadensersatzforderung soll und kann Entscheidungen der öffentlichen Hand bereits im Vorfeld beeinflussen. Die kommunalen Spitzenverbände und der VKU fordern, im TTIP und den übrigen derzeit in der Verhandlung befindlichen Abkommen auf spezielle Investitionsschutzregelungen zu verzichten.

4. Umwelt- und Verbraucherschutz - Keine Verpflichtung zum Abbau von Schutzstandards!

[...] Die Anstrengungen zum Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse und zur Schaffung regulatorischer Kohärenz dürfen [...] nicht dazu führen, dass der Handlungsspielraum der EU oder der Mitgliedstaaten, z.B. in ihrer Umweltpolitik bestimmte als notwendig erachtete erhöhte Standards oder von Vertragspartnern abweichende Regulierungsansätze beizubehalten oder neu einzuführen, eingeschränkt wird. Die kommunalen Spitzenverbände und der VKU fordern daher, dass bei unterschiedlichen Schutzniveaus die in

der EU einheitlich oder national geltenden Standards auf keinen Fall mit einem vorrangigen Ziel des Abbaus von Handelshemmnissen reduziert werden dürfen [...].

5. Transparenz – Einbindung kommunaler Vertreter in Beratergruppen

[A]ufgrund der umfassenden Auswirkungen eines solchen Abkommens [...] [besteht] ein berechtigtes Interesse an Transparenz [...].

Das Abkommen sollte nicht nur der Zustimmung des Europäischen Parlaments und des Rates bedürfen, sondern auch der Zustimmung der Parlamente der 28 EU-Mitgliedsstaaten. In Deutschland sollten nicht nur der Bundestag und der Bundesrat dem Freihandelsabkommen zustimmen müssen, sondern es sollten auch die Kommunen an der Entscheidungsfindung beteiligt und über den jeweiligen Verhandlungsstand informiert werden [...].

Die kommunalen Spitzenverbände und der VKU begrüßen daher ausdrücklich die Einberufung eines Beirates beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie für TTIP unter Beteiligung der Kommunen. Sie fordern darüber hinaus eine Beteiligung der kommunalen Ebene und der öffentlichen Dienstleistungen in die bei der EU-Kommission bestehenden Beratergruppen.

6. TiSA - Kein Alleingang, der über die GATS und WTO hinausgeht!

[...] Auch für dieses Abkommen fordern die kommunalen Spitzenverbände und der VKU, dass die öffentliche Daseinsvorsorge und damit der öffentliche Dienstleistungssektor nicht betroffen sein dürfen. Die entsprechenden Standards dürfen nicht über das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services – GATS) hinausgehen. [...] Wir fordern für das TiSA-Abkommen ebenfalls eine breitere Einbindung der betroffenen Öffentlichkeit, die Verfolgung eines Positivistensatzes sowie die Wahrung des geltenden Vergaberichts.

Europäische Wackelkandidaten

Im Laufe des letzten Jahres haben sich immer mehr Mitgliedstaaten der EU, darunter Österreich, die Niederlande und Frankreich, offiziell gegen die Aufnahme von ISDS-Klauseln in zukünftige Freihandelsabkommen ausgesprochen. Im Folgenden sind Auszüge aus den Beschlüssen der einzelnen Staaten aufgelistet:

Aus der Resolution des Österreichischen Nationalrats, 24.09.2014

„Die Sinnhaftigkeit der Aufnahme von ISDS-Klauseln bei Abkommen mit Staaten mit entwickelten Rechtssystemen (z. B. USA und Kanada) ist aus heutiger Sicht nicht erkennbar.“

http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/E/E_00040/fname_366504.pdf

Aus dem Länderpapier der Österreichischen Bundesländer, 05.05.2014

„Die österreichischen Bundesländer fordern den Bund auf, sich dafür einzusetzen, im gegenständlichen Freihandelsabkommen keine ISDS-Regeln zu verankern.“

<http://www.vol.at/2014/05/Laender-Papier-zu-TTIP.pdf>

Aus der Resolution der Französischen Nationalversammlung, 23.11.2014

“The National Assembly [...] opposes any mechanism for arbitration of disputes between States and investors, and therefore requests the substantial revision of Chapters 10 and 33 on the protection of investments.”

<http://www.assemblee-nationale.fr/14/ta/ta0428.asp>

Aus der Resolution des Französischen Senats, 09.02.2015

“The Senate, given the preliminary report of the European Commission [...] on the public consultation on the settlement of disputes between investors and states (ISDS) [...] urges the Government to ensure the principle of democracy in any proposed investment protection agreement and systematically refuse to insert an investor-state dispute settlement mechanism.”

<http://www.senat.fr/rap/14-134/14-1342.html#toc12>

Aus dem verabschiedeten Antrag des Niederländischen Parlaments, 19.11.2014

“[W]hereas inclusion of a dispute settlement mechanism (ISDS) in trade agreements presents

undesirable social, financial and environmental risks for the Dutch government; noting that a section on dispute settlement is included in the recently released CETA agreement [...] calls on the Government to speak out against an ISDS clause in TTIP and CETA.”

<http://de.scribd.com/doc/248192746/Motie-Van-de-Leden-Van-Ojik-en-Jasper-Van-Dijk-Over-Geen-ISDS-clausule-in-Handelsverdragen>

Aus dem verabschiedeten Antrag des Niederländischen Parlaments, 24.03.2015

“The House [...] considering that our constitutional democracy and values such as human dignity, freedom, democracy, equality and protection of environment and human rights must be guaranteed; declares that TTIP may not contain dispute resolution which prejudices our national legal system and our democratic decision-making [...].”

<https://www.vrijsschrift.org/serendipity/index.php/?archives/179-Dutch-Parliament-resolution-on-ISDS.html>

